Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang

Freitag, den 6. August 1920

Nummer 316 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,— M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8 a 9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4603, 4635, 4640, 4621.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Solidarität für Sowjetrußland!

Aufruf zur Tat

Der zweite Kongreß der Moskauer Internationale wendet sich mit einem Aufruf an die Proletarier aller Länder, in dem er zu solidarischem Handeln mit Sowjetrußland auffordert. Der Aufruf weist eingehend auf die friedfertigen Vorschläge gegenüber Polen hin, die von den polnischen Imperialisten, angestachelt durch die Imperialisten der Ententeländer, mit einer groß angelegten militärischen Offensive gegen Rußland beantwortet wurde. Wenn Rußland jetzt den polnischen Weißgardisten eine Atempause gewähre, ihnen die Möglichkeit gebe, ihr geschlagenes Heer wieder aufzurichten und mit Hilfe der Entente auszurüsten, so werde es morgen wieder gezwungen sein, Hunderttausende seiner Söhne für einen neuen Verteidigungskrieg an die Front zu schicken. Der Aufruf fährt dann wörtlich fort:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Wenn das kapitalistische Gesindel der ganzen Welt von der Bedrohung der Unabhängigkeit Polens schreit, um einen neuen Feldzug gegen Rußland vorzubereiten, so müßt ihr eins wissen: Eure Sklavenhalter zittern, sie wissen, daß, wenn unter den Schlägen der Roten Armee das weißgardistische Polen auseinanderfällt, die polnischen Arbeiter die Macht in ihre Hände nehmen, es den deutschen, österreichischen und italienischen Arbeitern leichter fallen wird, sich von ihren Ausbeutern zu befreien, und daß ihnen auch die Arbeiter Englands und Amerikas folgen werden. Die Aufgabe der Proletarier aller Länder besteht darin, daß sie mit allen Kräften verhindern, daß die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas den polnischen Weißgardisten irgend welche Hilfe leisten.

Proletarier der Ententeländer! Es ist Eure Pflicht, an allen Orten und an allen Grenzen auf der Hut zu sein, darauf acht zu geben, daß kein einziger Zug, kein einziges Schiff mit Lebensmitteln oder Waffen nach Polen gesandt wird. Wo die Regierungen und Privatkapitalisten auf Eure Proteste nicht hören, dort veranstaltet Streiks und verhindert gewaltsam die Ausführung der Wünsche Eurer Regierungen. Auf keinen Fall aber dürft Ihr den polnischen Grundbesitzern und Kapitalisten helfen, Eure Brüder zu töten.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Stunde ist gekommen, wo Ihr das in die Tat umsetzen könnt, was Ihr in tausenden von Kundgebungen versprochen habt — Euch an die Seite Eurer russischen Brüder zu stellen und zusammen mit uns für Eure Befreiung zu kämpfen! Ihr dürft es nicht zulassen, daß auf deutschem Boden irgendwelche Versuche gemacht werden, dem weißgardistischen Polen zu Hilfe zu kommen: gestattet keine neuen Anwerbungen von Söldnern. Beobachtet sorgfältig alle Züge, die nach dem Osten gehen, habt ein wachsames Auge auf alles, was in Danzig vorgeht. . . .

Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fordert Euch auf: Geht auf die Straßen, zeigt Euren Regierungen, daß Ihr die Hilfe für das kapitalistische Polen und die Einmischung in Angelegenheiten Sowjetrußlands nicht zulassen werdet! Stellt jede Arbeit ein, wenn Ihr seht, daß die kapitalistische Clique aller Länder, trotz Eurer Proteste einen neuen Angriff auf Sowjetrußland vorbereitet! Laßt kein einziges Schiff, keinen einzigen Zug nach Polen durch, zeigt, daß die Solidarität des Proletariats nicht nur in Worten, sondern in Taten besteht!

Es lebe Sowjetrußland!
Es lebe die Rote Armee!
Nieder mit dem weißgardistischen Polen!
Es lebe Sowjetpolen!
Es lebe die Armee der Kommunistischen Internationale!

Arbeiter schützen die Neutralität

Ein Riesenschmuggel für Polen aufgedeckt

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Karlsruhe, 5. August.

In Karlsruhe sind mehrere Züge mit Betriebsmaterial für Polen angehalten worden. Auf Vorstellung bei der Eisenbahndirektion in Karlsruhe erklärte ein Regierungsrat im Auftrage der Eisenbahnverwaltung, daß diese von der Reichsregierung ein Telegramm erhalten habe, aus dem ersichtlich sei, daß in den nächsten Tagen die Durchfuhrerlaubnis für 200 Waggon Flugzeuge, 150 Waggon Fett und 100 Waggon Uniformen erteilt werde. Dieser Transport soll angeblich für die Tschecho-Slowakei bestimmt sein, was natürlich kein vernünftiger Mensch glauben kann. Die Eisenbahnarbeiterschaft weigert sich, Transporte für Polen durchzulassen und ist gewillt, die angekündigten Züge nicht zu transportieren.

DA. Basel, 5. August.

Wie die „Baseler Nachrichten" von unterrichteter Stelle erfahren, dürfte Frankreich in nächster Zeit den Versuch stellen, **Munition und Artillerie über Deutschland nach Polen gelangen zu lassen.** Truppentransporte werden jedoch nicht beabsichtigt, da man jeden Zusammenstoß mit der deutschen Arbeiterschaft vermeiden will und man genau weiß, daß Truppentransporte bestimmt aufgehalten werden würden.

Demonstrationen in Bukarest

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Bukarest, 4. August.

Die Bukarester Sozialisten haben in den verschiedenen Stadtvierteln Versammlungen veranstaltet, in denen sie gegen den Wunsch der Regierung, Rumänien in einen Krieg gegen Räterußland hineinzuziehen, protestieren.

Internationale Kampfbereitschaft

Die englischen Transporter an die Danziger Hafenarbeiter

Die „Humanité" erfährt aus London, daß Robert Williams, Vorsitzender des englischen Transportarbeiterverbandes und der internationalen Transportarbeiterföderation, an die deutschen Transportarbeiter folgendes Telegramm gerichtet hat:

„Wir beglückwünschen die Danziger Hafenarbeiter zu ihrer Weigerung, Munition für die polnische Reaktion auszuladen. Ich bedaure, daß englische Soldaten als Streikbrecher verwendet werden. Die englische Trade-Union-Bewegung hat beschlossen, zur direkten Aktion zu schreiten, um die Sendung von Waffen an die Feinde Rußlands zu verhindern."

Zunächst wird es notwendig sein, daß das Danziger Beispiel in Deutschland selber im gegebenen Augenblick Nachahmung findet. Das Telegramm ist nicht an die deutschen Transportarbeiterorganisationen gelangt, anscheinend, weil die englische Postbehörde die Versendung verhindert hat. Das dürfte indes die Organisationen der deutschen Transportarbeiter nicht von der Verpflichtung zu einer Gegenäußerung entbinden.

Polen vor der Katastrophe

Neue Erfolge der Russen

Die Polen haben bisher die Einnahme von Lomsha und Brest-Litowsk noch nicht offen zugegeben. Ihr gestriger Heeresbericht meldet aber Angriffe bei Ostrolenka und Ostrow. Beide Orte liegen südlich von Lomsha an der Bahnlinie, die von Ortelsburg nach Sjedlez führt. Dabei ist es von Wichtigkeit, daß der russische Heeresbericht vom 4. August, 10 Uhr abends, die Besetzung von Ciechanowice und Mesewjezk meldet und von Kämpfen berichtet, durch die der Widerstand der Polen bei Sjedlez gebrochen worden sei. Die Richtigkeit dieser Meldung vorausgesetzt, würde bedeuten, daß die Sowjettruppen den Bug auf breiter Front überschritten haben und geradenwegs auf Warschau losmarschieren. Durch diesen Vormarsch wird Warschau von den Haupteisenbahnlinien, die nach Südpolen führen, abgeschnitten. Den Polen scheint das Glück nur bei Lemberg hold gewesen zu sein. Sie melden die Wiedereroberung Brodys. Wir registrieren nachfolgend die wichtigsten Meldungen:

Vor der Einnahme Warschaus

TU. Paris, 5. August.

Die heutige Morgenpresse rechnet mit absoluter Bestimmtheit mit der Einnahme Warschaus durch die Rätetruppen, und nimmt zu diesem Ereignis im voraus Stellung. Der „Matin" schreibt: Lloyd George warnte die russische Regierung, daß ein Friede zwischen England und Rußland unmöglich sei, wenn der Waffenstillstand mit Polen nicht geschlossen werde. Die französische Regierung beschäftigt sich weiter sehr angestrengt mit der europäischen Situation, die aus der Einnahme von Warschau entstehen könnte.

Eine weitere Meldung des „Matin" aus London sagt: Mehrere bolschewistische Divisionen haben den **Sereth in breitester Front überschritten.** Die polnischen Truppen ziehen sich aus Lemberg zurück. Die polnische Heeresleitung beabsichtigt, Lemberg zu räumen, dagegen die Festung Przemysl mit allen Kräften zu verteidigen. **Die polnische Nordfront ist bis auf 50 Kilometer an Warschau herangerückt.** In Warschau herrscht ausgesprochene Panik-Stimmung. **Die wohlhabenden Kreise flüchten nach Lodz und Petrikau.**

Frankreich als Retter Polens

Paris, 5. August.

Paderewski hat erklärt, daß Lloyd George in Spaa gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten Grabski eine andere Sprache geführt habe, als Bonar Law dies im englischen Unterhause getan habe. Grabski habe in Spaa die schriftliche Erklärung erhalten, daß Großbritannien Polen helfen werde und daß seine Existenz innerhalb der Polen aufgezwungenen Grenze gesichert werden würde. Paderewski fragt: Wer hilft uns in diesem Augenblick? **Ich kann sagen, nur Frankreich.**

Ernste Lage

Der Reichstag ist gestern nach der Durchpeitschung des Entwaffnungsgesetzes in die Ferien gegangen, obwohl man nach den bedeutsamen Erklärungen des Ministers Simons über die äußere Politik hätte annehmen dürfen, daß die Abgeordneten ihr Ferienbedürfnis zügeln und beisammen bleiben würden. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie teilte denn auch sofort dem Präsidium ihr Verlangen mit, daß der Reichstag in einem solchen kritischen Moment nicht auseinanderlaufe, sondern einstweilen solange zusammenbleibe, bis die außenpolitische Situation völlig geklärt sei. Diese Forderung fand aber bei den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien so wenig Gegenliebe, daß nicht einmal beschlossen wurde, die wichtigsten Ausschüsse tagen zu lassen.

Recht bezeichnend sind die Gedankengänge, die für die Ablehnung des Vorschlags der Unabhängigen maßgebend waren. Man müsse, so hieß es, mit einem Generalstreik der gesamten deutschen Eisenbahner rechnen, wenn die Entente tatsächlich Anstalten treffen sollte, die deutsche Neutralität zu verletzen und Truppen durch deutsches Gebiet nach Polen zu senden. Andererseits halte man auch einen Einmarsch bolschewistischer Truppen in Deutschland für keineswegs unwahrscheinlich, wenn die deutsche Regierung auch nur die geringste Verletzung der deutschen Neutralität zulassen sollte. Ueber Nacht könnte dann Deutschland zum Kriegsschauplatz werden, und deshalb hielten es die Herren Abgeordneten für besonders notwendig, schleunigst Berlin zu verlassen und sich daheim in Sicherheit zu bringen.

Es ist begreiflich, daß selbst in der bürgerlichen Presse gegen diese Würdelosigkeit der bürgerlichen Parteien Protest erhoben wird, die in einer so kritischen Situation auseinanderlaufen und genau wie die Parteien des alten Reichstages der Regierung freie Hand für die wichtigsten Entscheidungen lassen. Es ist unbegreiflich, schreibt Herr E. Dombrowski im „Berliner Tageblatt", daß der Reichstag in denselben Fehler verfalle, wie sein Vorgänger aus der vorrevolutionären Zeit, und aus Saumseligkeit und Ruhebedürfnis immer dann nicht versammelt sein wolle, wenn Deutschlands Schicksal auf dem Spiele stehe. Das ist ja gerade das Elend der deutschen bürgerlichen Politik, daß sie weder Charakterfestigkeit, noch genügend Verantwortlichkeitsgefühl hat, um entscheidend auf den Gang der inneren und äußeren Ereignisse einwirken zu wollen. Die bürgerlichen Parteien trifft deshalb in erster Linie die Verantwortung, daß das deutsche Volk in den nächsten schicksalsschweren Wochen nicht die Möglichkeit haben wird, eine Kontrolle über die Handlungen der Regierung auszuüben, und daß diese Regierung selbst dem Ausland gegenüber nicht von der Autorität der Volksvertretung unterstützt wird auftreten können. Abgesehen von der Beeinträchtigung des politischen Ansehens Deutschlands, wird eine solche Situation den ihr Unwesen treibenden militärisch-junkerlichen Cliquen in größerem Maße als sonst Gelegenheit geben, ihren abenteuerlichen Plänen nachzujagen und die Regierungspolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Umsomehr wird es nun Aufgabe der Arbeiterklasse sein, auf das sorgfältigste über alle Ereignisse zu wachen, um durch ihre berufenen Organe die schärfste Kontrolle über die innere und äußere Politik in die Hand zu nehmen.

* * *

Der Ernst der gegenwärtigen Situation beruht vor allem darin, daß das Nichtzustandekommen des russisch-polnischen Waffenstillstandes und der unaufhaltsame Vormarsch der russischen Armeen, die die polnische Hauptstadt und die Ueberreste des polnischen Heeres mit der Kapitulation bedrohen, bei den Ententemächten, vor allem bei Frankreich, jenen Kreisen mehr und mehr Oberhand verschaffen, die auf einen neuen Krieg gegen Rußland hinarbeiten und zu diesem Zweck auch nicht davor zurückschrecken wollen, durch Verletzung der deutschen Neutralität Deutschland in den Strudel des Krieges hineinzuziehen. Mit bewußter Absicht wird der Sowjetregierung unterstellt, daß sie gar keinen Frieden wolle, sondern lediglich die Absicht habe, Polen zu überrennen, um als Eroberer in Westeuropa einzudringen und den Völkern gewaltsam die bolschewistische Gesellschaftsverfassung aufzuzwingen. Mit diesem Schreckmittel arbeitet vor allem die französische Presse, sie findet aber auch Widerhall in England und in Deutschland, wo an die rückständigsten Klasseninstinkte des Bürgertums appelliert wird, um „die heiligsten Güter der Kultur" vor der sich heranwälzenden roten Flut zu schützen.

In England steht man dem von den französischen Militaristen und der mit ihnen verbündeten Finanzclique gepredigten Kreuzzug gegen Sowjetrußland im allgemeinen ablehnend gegenüber. Man hat an den Mißerfolgen genug, die die englische Politik mit ihren Experimenten und Interventionen in Sowjetrußland erlitten hat. Man will die Millionen nicht unnütz aus dem Fenster hinauswerfen, sondern ist vielmehr bestrebt, in regelrechte geschäftliche Verbindungen mit Sowjetrußland zu treten, das als Rohstofflieferant und Warenabnehmer für die englische Industrie unentbehrlich ist. Man muß endlich auch mit der steigenden Opposition der eng-

lischen Arbeiterschaft rechnen, die sich unter keinen Umständen zur Unterstützung des Krieges gegen Rußland hergeben will. Alle diese Faktoren bestimmen die gemäßigte Haltung, die Lloyd George in einem gewissen Gegensatz zu Frankreich in der russischen Frage eingenommen hat. Die geschilderten Umstände bestimmen ihn, die Verhandlungen mit Krassin fortzusetzen, und auf das Zustandekommen eines Wirtschaftsabkommens mit Sowjetrußland hinzuarbeiten. Aber andererseits will er auch den Einfluß Englands auf die Gestaltung der gesamten Verhältnisse im Osten aufrechterhalten. Er will auch den Bruch mit Frankreich vermeiden und darum unterstützt er die französischen Machenschaften gegen Rußland und setzt das Zustandekommen des Gesamtfriedens im Osten auf das Spiel, um nicht in all zu starken Gegensatz mit den militaristischen Kreisen im eigenen Lande zu geraten.

Unverhüllter noch als in England selbst offenbart sich der zwiespältige Charakter der englischen Politik in der Haltung der englischen Militärbevollmächtigten in den westeuropäischen Ländern. Vor allem ist es General Malcolm, der Chef der englischen Militärmission in Berlin, der die Politik der englisch-französischen Kriegstreiber unterstützt. General Malcolm ist kürzlich in wichtiger Mission in Warschau gewesen, und es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß er auch in regem Verkehr mit General Ludendorff und General Hoffmann steht, durch deren Vermittlung er die Mitwirkung des deutschen Militarismus für den neuen Krieg gegen Rußland gewinnen will.

Die Sonderpolitik General Ludendorffs und General Hoffmanns steht natürlich in offenem Gegensatz zu der von der deutschen Regierung offiziell verkündeten Neutralitätspolitik. Sie widerspricht auch der von der Regierung neuerdings eingenommenen Haltung, die offensichtlich auf die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland hinausläuft. Wir hegen aber weder Vertrauen zu der Festigkeit der Regierungspolitik, noch sind wir überzeugt, daß die endgültige Entscheidung etwa vom Außenminister Simons oder vom General Ludendorff, dem eigentlichen Chef der militärischen Nebenregierung getroffen wird.

Neben diesem Gefahrenmoment, das die ganze Unsicherheit der innerpolitischen Situation kennzeichnet, sind noch andere zu verzeichnen, die die außenpolitische Krise außerordentlich zu verschärfen drohen. Es macht sich in militärischen Kreisen, namentlich bei jüngeren Offizieren, immer deutlicher eine Bewegung bemerkbar, die den gegenwärtigen Augenblick für die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus, sei es im Bunde mit dem Westen oder mit dem Osten, ausnutzen wollen. Die deutschnationale Presse warnt zwar tagtäglich vor dem „Nationalbolschewismus", den sie als „jüdische" Seuche zu denunzieren sucht. Sie verstärkt aber gleichzeitig die „nationalbolschewistische" Strömung, indem sie die Vernichtung der polnischen Scheidewand zwischen Rußland und Deutschland als notwendig erklärt und der Hoffnung Raum gibt, daß es Deutschland mit Hilfe Rußlands gelingen werde, Posen, Oberschlesien usw. zurückzugewinnen und unter Anlehnung an Rußland gegen die Entente zu marschieren.

Diese Haltung deutschnationaler Kreise bedeutet eine außerordentliche Verschärfung der innerpolitischen Situation. Die berechtigte Abneigung der arbeitenden Klassen gegen den Krieg der Entente mit Sowjetrußland und ihr glühendes Bestreben, jene Unternehmungen zu verhindern, die auf eine Verletzung der deutschen Neutralität zu ungunsten Sowjetrußlands hinauslaufen, — alle diese weitverbreiteten Stimmungen werden von den militaristischen und nationalistischen Kreisen ausgenutzt, um die Revanchepolitik gegen die Entente zu fördern und der Wiederaufrichtung des Militarismus einen Rückhalt in breiten Bevölkerungskreisen zu verschaffen.

Die Arbeiterschaft muß mit aller Energie gegen diese Versuche der Reaktion, sich wieder in den Sattel zu setzen, Front machen. Unser Kampf für die deutsche Neutralität hat nichts gemein mit den scheinheiligen Neutralitätserklärungen der amtlichen und nichtamtlichen Revanche- und Geschäftspolitiker. Unsere Sympathie für Sowjetrußland, unser Kampf gegen die Entfachung eines neuen Kreuzzuges gegen die russischen Arbeiter und Bauern hat nichts gemein mit den abenteuerlichen Spekulationen der deutschen Nationalisten, die sich von den russischen roten Armeen die Kastanien aus dem Feuer holen lassen wollen, um danach mit umso größerer Schärfe gegen das deutsche Proletariat vorgehen zu können.

* * *

Die geschilderten Momente, die natürlich bei weitem nicht die ganze Kompliziertheit und Zwiespältigkeit der inneren und äußeren Lage Deutschlands kennzeichnen, zeigen dennoch zur Genüge, von welcher Tragweite die jetzt hereingebrochene Krise ist. Es genügt nicht, das Proletariat bloß zur Wachsamkeit aufzurufen. Es genügt auch nicht, sich auf bloße Proteste gegen diesen oder jenen Vorstoß der Reaktion zu beschränken. Das Proletariat muß vielmehr, angesichts des ungeheuren Ernstes der Situation, sich in Alarmbereitschaft halten, um jederzeit tatkräftig in den Gang der Ereignisse eingreifen zu können. Keine Ueberstürzung, kein unbesonnenes Vorgehen, kein nervöses Draufgängertum! Je kritischer sich die Situation gestalten sollte, desto mehr ist kühle Besonnenheit und ruhige Ueberlegung am Platze!

Und noch eins ist erforderlich: Die deutsche Arbeiterklasse darf in diesem Augenblick von der französischen und englischen Arbeiterschaft nicht abgeschnitten sein. Es ist vielmehr erforderlich, daß mit den englischen und französischen Genossen, in deren Händen der Schlüssel zu der ganzen Situation liegt, engste Fühlung genommen wird. Nur die französischen und englischen Arbeiter können es verhindern, daß die Pläne der verbündeten Militaristen Englands, Frankreichs und Deutschlands verwirklicht werden. Nur sie können dem Unheil Einhalt gebieten, das die deutschen Grenzen von allen Seiten bedroht.

Der Vorsitzende des englischen Transportarbeiterverbandes, Robert Williams, hat bereits an die deutschen Transportarbeiter ein Telegramm gesandt, in dem die Danziger Hafenarbeiter zu ihrer Weigerung, Munition für die polnische Reaktion auszuladen, beglückwünscht werden und zugleich mitgeteilt wird, daß die englischen Gewerkschaften beschlossen haben, zur direkten Aktion zu schreiten, um die Sendung von Waffen an die Feinde Rußlands zu verhindern. Dieser Beschluß ist ein erfreuliches Symptom für die Entschlossenheit der englischen Arbeiter, dem fluchwürdigen Treiben der Militaristen ein Ende zu machen. Wir hoffen, daß die englischen und französischen Arbeiter ihre internationale Pflicht auch erfüllen werden, wenn die englisch-französischen Militaristen dazu schreiten sollten, die deutsche Neutralität anzutasten und Deutschland in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Ueber die Grenzen hinweg geht unser Rufan das englische und französische Proletariat, daß es alle Kraft zusammen nehmen möge, um Ereignisse zu verhindern, die eine Aera neuer blutiger Kriege einleiten könnten.

Entwaffnungsgesetz und Reichsrat

Der Reichsrat stimmte in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag den zuletzt vom Reichstag angenommenen Gesetzen in der Fassung des Reichstages zu, darunter insbesondere dem Notetat und dem Entwaffnungsgesetz. Im Notetat hat der Reichstag einen großen Teil der vom Reichsrat gestrichenen Beamtenstellen wieder hergestellt. Im Reichsrat wurde nunmehr geltend gemacht, daß man keinen Widerspruch erheben wolle, da die Regierung dringend erklärt habe, daß die geforderten Beamtenstellen unbedingt notwendig seien. Zum Entwaffnungsgesetz wurde von einigen Seiten der Wunsch geäußert, daß auch der Reichsrat in dem neugeschaffenen parlamentarischen Beirat für den Reichskommissar vertreten sein sollte. Vom Ministerium des Innern konnte hierzu keine Erklärung abgegeben werden. Der Reichsrat gab sich schließlich damit zufrieden, daß ihm bei der Ausführung des Gesetzes eine verfassungsmäßige Mitwirkung gewährleistet ist.

Waffenschiebungen für Polen

„Seelische Depressionen" als Ursache

In unserer gestrigen Morgennummer teilten wir mit, daß in der Passauer Straße ein großes Waffendepot entdeckt ist. Dazu wird von der Sicherheitspolizei amtlich mitgeteilt, daß die Waffen von einem Lastauto der technischen Hundertschaft, Polizeiabteilung Neukölln, in das Haus Passauer Str. 2 gefahren worden sind. Die Waffen, die in der Wohnung des Ingenieurs Seekatz beschlagnahmt worden sind, sind auf Veranlassung des Oberwachtmeisters Sommerkorn von der Sicherheitspolizei dort untergebracht worden. **Es handelt sich um zirka 40 leichte Maschinengewehre.**

Sommerkorn ist nunmehr verhaftet worden und gab bei seiner Vernehmung an, daß er die Maschinengewehre, die nach dem Friedensvertrag der Luftfahrt-Ueberwachungskommission übergeben werden müßten, deshalb in die Wohnung des Ingenieurs Seekatz bringen ließ, damit sie nicht in die Hände der Entente fielen. Ihm als alten Soldaten hätte es geschmerzt, zu wissen, daß die schönen Waffen durch die Entente vernichtet werden. Er sei seinerzeit Augenzeuge der Vernichtung von 200 Infanteriegewehren gewesen, was eine starke seelische Depression bei ihm hervorgerufen hätte. Er bestreitet entschieden, daß die Waffen an Polen ausgeliefert werden sollten.

Das bisherige Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung hat aber ergeben, **daß Agenten für die polnische Regierung Waffen, Munition und Flugmotore in Deutschland aufkaufen und diese nach Polen schmuggeln.** Es ist festgestellt worden, daß ein im Hotel Bristol wohnender Pole von Schiebern größere Posten von Feuerwaffen und Maschinengewehren aufgekauft und vor wenigen Tagen sogar versucht hat, einen Waggon Heeresmaterial nach Polen zu verschieben. Ueber den Verbleib des Waggons ist bisher noch nichts bekannt. Die Berliner Zentralen stehen auch mit Depots in Elbing und Zoppot in Verbindung, von wo aus ein reger Schmuggelverkehr über See betrieben wird. In den letzten Tagen sind größere Beschlagnahmungen von Flugzeugmotoren erfolgt, so hat man z. B. den Albatroswerken in Johannisthal und den Fokkerwerken eine größere Anzahl Flugmotore abgenommen. Auch sind bei einem früheren sehr bekannten Zivilflieger, der mehrere Motore bei einem Spediteur deponiert hatte, Beschlagnahmungen vorgenommen worden.

Escherich und Orgesch

Von zuständiger Stelle wird der „Dena" mitgeteilt: Dem preußischen Ministerium des Innern sind die Bemühungen des bayerischen Forstrats Dr. Escherich, auch in Preußen Selbstschutzorganisationen nach seinem bayerischen Muster zu schaffen, seit längerer Zeit bekannt. Sofort, als der Minister des Innern Kenntnis hiervon erhielt, hat er nicht nur jede Unterstützung der Pläne Escherichs untersagt, sondern auch ihre strikte Bekämpfung angeordnet. In der Konferenz der Oberpräsidenten, die am 14. Juli beim preußischen Minister des Innern stattfand, wurden unter Hinweis auf Ostpreußen die Bestrebungen Escherichs ausführlich geschildert. Auf Grund der Instruktionen, die damals den Oberpräsidenten erteilt wurden, ist der jetzige Erlaß des Hannoverschen Oberpräsidenten Noske gegen den „Selbstschutz, System Escherich", ergangen.

Stimmt! Noske hat für die Provinz Hannover den „Selbstschutz" verboten. Wie steht es aber in Berlin? Hier wird munter weiter organisiert, die Polizei begnügt sich mit einer angeblichen „Ueberwachung", obwohl nur ein sofortiges, prinzipielles Verbot die Organisation zerschlagen könnte, bevor sie zu einer wirklichen Gefahr geworden ist.

Die Flaggenfrage

Berlin, 5. August.

Die Flaggenfrage ist, wie wir hören, Gegenstand eines Notenwechsels zwischen der französischen Botschaft und der deutschen Regierung. Die Regierung hofft, Mittel und Wege zu finden, die aus der Flaggenangelegenheit entstandene Spannung im Sinne der Völkerbundsakte zu erledigen.

Kein deutsch-russischer Vertrag

Berlin, 5. August (W. T. B.)

„Petit Parisien" und „Times" bringen am 5. August den Text eines angeblich durch Geheimrat v. Maltzahn im Auftrage der deutschen Regierung und Herrn Kopp im Auftrage der Sowjetregierung vereinbarten Vertragsentwurfs über wirtschaftliche und politische Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland in Verbindung mit der militärischen Lage im Osten. In gleicher Weise wird von dem Bureau Havas verbreitet, daß bereits vor der polnischen Offensive ein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestanden habe. Diese beiden Meldungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage und sind frei erfunden. Zwischen Deutschland und Rußland bestehen keinerlei derartige Abmachungen.

Herabsetzung der Fleischpreise

Zu Beginn der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags gab es eine lange Erörterung über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen. Die Agrarier wollten zunächst die Erledigung der Vorlage über die Preissenkung zu verhindern suchen, waren statt dessen jetzt bereit, einen Termin für die Aufhebung der Zwangswirtschaft festzusetzen. Da auch der Minister sich dagegen wandte, wurde dieser Plan verhindert, obwohl der volksparteiliche Abgeordnete Gebhardt zunächst damit drohte, daß dann die Landwirte das Brotgetreide nicht abliefern würden. Späterhin suchte er diese Ausführungen abzuschwächen.

Die Agrarier wandten sich alle gegen die Preissenkung, obwohl der Minister erneut darauf hingewiesen hatte, daß eine erhebliche Verminderung der Produktionskosten der Fleischerzeugung eingetreten und eine Aufrechterhaltung der hohen Preise unverantwortlich sei. Genosse Dr. Hertz wies darauf hin, daß es nur der Eigennutz sei, der die Landwirte zur Gegnerschaft gegen die Preissenkung veranlasse. Sie wollen aber auch, daß die Steigerung, die bei der Freigabe eintrete, den Massen nicht allzu deutlich werde. Die Schwäche der Stellung der Agrarier gehe ja auch aus ihrer jeder sachlichen Begründung entbehrenden Stellung hervor. Es sei sehr bezeichnend, daß die Landwirte sogar mit Vergrößerung des Wuchers und des Schleichhandels drohen. Der Zentrumsmann Wieber, der mit einigen Zentrumsabgeordneten für die Vorlage der Regierung eintrat, stellte fest, daß **weder die Demokraten noch die Volksparteiler und die Deutschnationalen in diesen Ausschuß, der die Preisfestsetzung vornehme, irgend einen Arbeiter- oder Angestelltenvertreter delegiert haben. Die Vorlage der Regierung mit der Herabsetzung der Viehpreise um 40 M. wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.** Dadurch tritt eine Herabsetzung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch um 1 M., für Kalbfleisch um 90 Pf. ein.

Ueber die Aufhebung der Zwangswirtschaft soll Mitte August, in der nächsten Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, diskutiert werden.

Die Welt will betrogen sein. Aus Hamburg hat die bürgerliche Presse in den letzten Wochen schauderhafte Nachrichten über das Treiben einer „roten" Armee gebracht. Der Verfasser dieser Nachrichten war ein gewisser F. C. Holtz, der sich im Schwindeln übte, um Pinkerton gleich zu kommen. Außerdem ist dieser Mann noch Kappist. Der Hamburger Senat wollte dem üblen Burschen das Handwerk legen, da griff die Regierung ein, entzog den Hamburger Behörden das Untersuchungsverfahren und berief F. C. Holtz nach Berlin. Hier wird nun der Oberschwindler als Kronzeuge benützt. Er wird der Regierung einen schönen Senf einrühren. Aber sie verdient es; denn sie will betrogen sein.

Der Moskauer Kongreß

Rede des Genossen Dittmann

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit".)

Kopenhagen, 5. August.

In der Sitzung des zweiten Kongresses der 3. Internationale am 1. August gab der Genosse Dittmann einen Ueberblick über die Rolle der Unabhängigen Partei Deutschlands und die Beziehungen, die zwischen der russischen Sowjetrepublik und der deutschen Republik vom ersten Tage der Revolution an bestanden haben. Er erklärte, daß der Genosse Haase in seiner Unterredung mit Radek, in der dieser ihm zwei Züge mit Getreide der Sowjetrepublik anbot, sogleich erklärte, daß er in diesem Angebot das Wahrzeichen der Solidarität des Proletariats erkenne, daß er aber es ablehnen müsse, von den russischen Arbeitern, die selber Hunger litten, Brot anzunehmen. Die Ausweisung des russischen Gesandten Joffee sei geschehen, bevor die Unabhängigen in die Regierung eintraten. Sie hätten sofort seine Rückkehr gefordert, konnten einen Erfolg aber nicht erzielen.

Genosse Dittmann wies dann auf die Haltung der Unabhängigen in den letzten Wochen hin und erinnerte an die großen Demonstrationen, bei denen die Arbeiterschaft unter den Fahnen der Unabhängigen Partei Berlin durchzog, mit der Parole: **Hände weg von Sowjetrußland!** Diese Demonstrationen begannen sofort nach Einsetzen der polnischen Offensive. Dittmann betonte, daß die Unabhängigen sich stets der hohen Aufgabe der Solidarität mit dem russischen Proletariat und der russischen Revolution bewußt gewesen sind. Daran könnten auch die persönlichen Erklärungen einiger Mitglieder der Partei insofern nichts ändern, als sie vielleicht die Partei kompromittieren, sie aber niemals beeinflussen könnten. Die ganze Geschichte der Unabhängigen Partei beweist, daß ihre Mitglieder stets aufrichtige und ehrliche Revolutionäre geblieben sind. Jetzt, da der Kampf mit der Bourgeoisie und auch den Rechtssozialisten mit jedem Tage ernster und schwerer werde, sei es notwendig, daß die Proletarier aller Länder in geschlossener Front kämpften.

Der italienische Genosse Bombacci betonte, daß 70 Prozent seiner Partei Reformisten seien. Eine Angliederung an die dritte Internationale könnte aus diesem Grunde nicht nur für die sozialistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands, sondern auch verschiedener Elemente der sozialistischen Partei Italiens nicht in Frage kommen. Wenn dieser Anschluß möglich oder notwendig werden sollte, so wäre dazu unbedingt die strengste Wiedereintragung aller Mitglieder notwendig, und zwar ähnlich der Form, welche einen Teil des Systems der Kommunistischen Partei Rußlands bildet. Selbst unter dieser Bedingung müsse die systematische Angliederung der verschiedenen Elemente in die kommunistische Partei mit äußerster Strenge durchgeführt werden.

Die Genossen Polano, Mayer, Weinkop wandten sich entschieden **gegen die Angliederung der Unabhängigen Partei an die dritte Internationale.** Der Genosse Lorsowski erklärt, daß die Angliederung von politischen Organisationen, die ihr Programm nicht offen erklären, und nicht klar zum Ausdruck bringen, mit wem sie sich verständigen wollen, keinesfalls geduldet werden dürfe. Er erinnerte an die Rolle, die die Menschewisten in Rußland bei Beginn der Oktober-Revolution gespielt haben. Sie machten den Vorschlag, die Arbeiter zu entwaffnen und die Kosaken in Petersburg einrücken zu lassen und begnügten sich dabei mit der Versicherung, daß keine Arbeiter-Niedermetzelung stattfinden würde. Die Elemente des Zentrums würden mehr als einmal in jedem Lande, wo die Revolution sich in ähnlicher Lage befinden würde, der Internationale in derselben Weise in den Rücken fallen.

Genosse Crispien erhält das Wort und stellt mit Genugtuung fest, daß die Mitglieder der dritten Internationale augenscheinlich nunmehr ausreichend über die Vorgänge in Deutschland unterichtet seien. Er betont dann die äußerst schwierige Lage, in der die deutschen Sozialisten sich bei Ausbruch des Krieges befanden.

In der Sitzung des Kongresses vom 3. August sprach Bucharin über die Frage: die Kommunistische Partei und der Parlamentarismus. Er erklärte, daß die Aufgabe der Kommunistischen Partei je nach der politischen Situation eine verschiedene sei. **In der Zeit, in der bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Interessen mit dem Kapitalismus beständen, müsse die sozialistische Fraktion bestrebt sein, im Parlament eine größere Bedeutung zu erlangen.** In der zweiten Periode des kapitalistischen Verfalls aber und zu Beginn revolutionärer Umwälzungen müsse die sozialistische Fraktion sich zu einer Masse zum Zwecke der Zerstörung des Parlaments verwandeln.

Bei der Besprechung über den Bestand und die Arbeit der Fraktionen in den europäischen Parlamenten, wies Bucharin darauf hin, daß diese alle in größerem oder geringerem Maße unter den Kompromissen zu leiden hätten. Die am meisten revolutionär gesinnten Arbeiter lehnen eine Beteiligung am Parlament ab; die Bildung einer kommunistischen Fraktion, in der keinerlei Kompromiß-Elemente mehr vorhanden seien, sei die alleinige Garantie dafür, daß das Parlament für revolutionäre Zwecke benutzt werden könne. Erst dann wird die Kommunistische Fraktion das wahre Werkzeug zur Zerstörung des Parlaments werden.

*

Der Bericht, der einige Verstümmelungen enthält, gibt über die Verhandlungen natürlich nur ein gekürztes Bild. Eine objektive Darstellung wird erst möglich sein, wenn unsere Genossen aus Moskau zurückgekehrt sind.

Ferienruhe am Königsplatz

Gemeiner Zynismus

Das hohe Haus stand gestern unter dem Zeichen der am Vormittag abgegebenen Erklärung des Außenministers, die deutlich den Ernst der politischen Lage enthüllte. Man hätte doch annehmen sollen, daß die inhaltsschweren Hinweise des Ministers einen ernsthaft stimmenden Eindruck auf die Männer der Wahl aller Deutschen hätte hinterlassen sollen, der auch zum Ausdruck gekommen wäre in der würdevollen Behandlung bedeutsamer Probleme, ernster Lebensfragen der inneren Politik. Indessen enthüllte Herr Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei den politischen Seelenzustand eines Teiles der Parlamentarier, indem er die Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge benutzte, um die Erwerbslosen mitunflätigen Witzen zu bewerfen. Wesen und Wirkung des Erwerbslosenalmosens glaubte er kennzeichnen zu müssen, indem er sich den rohen Scherz eines Witzblattes zu eigen machte, der einen jungen Mann zu einem Mädchen sagen läßt: Wir können heiraten, denn ich bin arbeitslos und beziehe Erwerbslosenunterstützung. Ein empörendes Niveau. Der Mann erhielt in entrüsteten Zurufen unserer Genossen treffende Antworten. Derselbe Vertreter der Stinnespartei bestätigte auch unsere gestern an dieser Stelle angedeutete Auffassung, daß das Unternehmertum eine produktive Erwerbslosenfürsorge nur soweit billige, als ihm die Möglichkeit gegeben wird, sie für das Profitinteresse auszubeuten. Auf keinen Fall, erklärte der Prophet des Gottes Stinnes, dürfe sie mit Eingriffen in die Privatwirtschaft verbunden sein.

Wie am Mittwoch Robert Dißmann, so gab gestern Genosse Malzahn den politischen Agenten der Ausbeutergesellschaft die Antwort. Er wies auf die bedeutsame Rolle der Betriebsräte bei der Verhütung von ungerechtfertigten und planlosen Betriebseinstellungen durch die Unternehmer hin. Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer. Arbeitsminister Brauns beteuerte, daß die Regierung den besten Willen habe, allerlei zu tun, um Produktionseinschränkungen zu verhindern. Hätten wir nicht so ein schandbares Betriebsrätegesetz bekommen, hätten die Betriebsräte nennenswerte und wirksame Rechte, dann hätte die Regierung für heute Organe zur Durchführung dieses Willens. Vorausgesetzt, daß er ehrlich gemeint ist. Trotzdem wird Malzahns Appell an unsere Genossen in den Betrieben nicht ungehört verhallen.

Dann vertagte sich das hohe Haus. Da es nicht schnell genug ging, machte die Mehrheit mit Gewalt Schluß der Debatte. Ferienruhe inmitten stürmischen politischen Wogenganges!

Deutscher Reichstag

18. Sitzung, Donnerstag, den 5. August.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Simons, Heinze, Koch.

Dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes

Die Sozialdemokraten haben ihre Anträge aus der zweiten Lesung wieder eingebracht, wonach ausdrücklich festgestellt werden soll, daß nur die Reichswehr und die zum Waffentragen berechtigte Berufspolizei von der Ablieferungspflicht befreit sein soll.

Demgegenüber liegt ein Antrag der Regierungsparteien vor, den in der zweiten Lesung gestrichenen § 9, wonach der Reichskommissar auch andere besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben heranziehen oder schaffen kann, wieder einzustellen. — Ferner beantragen die Regierungsparteien folgenden neuen Paragraphen 9a:

Der Reichskommissar hat das Recht, die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen innerhalb der festgesetzten Frist über Waffenschiebungen oder über den Besitz und den Verbleib von Waffen oder Munitionslagern allgemein oder im Einzelfalle bei der von ihm zu bezeichnenden Behörde zu verlangen.

Genosse Dr. Rosenfeld

In letzter Stunde protestieren wir noch einmal gegen dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft. Der Friedensvertrag rechtfertigt dieses Gesetz nicht. Die Rechte des Hauses, die von Sklavendienst gegenüber der Entente sprach, als die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden sollte, leistet mit der Entwaffnungsvorlage einen Sklavendienst gern, weil dadurch die Arbeiterschaft gefesselt, der Diktatur des Reichskommissars ausgeliefert wird. Die Regierung und die Regierungsparteien benutzen nun die Lloyd George und Millerand, um die deutsche Gegenrevolution zu stärken. (Sehr wahr bei den U. Soz.) Erst auf die Spitzelmärchen hin, die Reichswehrminister Geßler in Spaa vortrug, forderte die Entente die Entwaffnung Deutschlands.

Nicht weil die Arbeiter Waffen haben, wenden wir uns gegen das Gesetz, sondern weil wir voraussehen, daß die Behauptung, die Arbeiterschaft sei bewaffnet den Vorwand zum Vorgehen gegen die Arbeiterschaft bietet.

Gestern erst hat der „Vorwärts" neue Entwaffnungspläne der Reaktion enthüllt. Diese Pläne hängen mit der Zentralorganisation für alle angeblich aufgelösten Zeitfreiwilligenformationen und Einwohnerwehren im ganzen Reich zusammen. Es steht fest, nach den Feststellungen des „Vorwärts", daß man im Juni 1920, als man schon wußte, daß die Entente die Entwaffnung Deutschlands fordere, daran gegangen ist, neue bewaffnete Organisationen zum Ersatz für Zeitfreiwillige und Einwohnerwehren zu schaffen.

Die berüchtigte „Orgesch"

soll sogar die Zustimmung der Regierung gefunden haben. (Hört, hört bei den U. Soz.)

In den letzten Tagen erstehen dem deutschen Volke neue Gefahren durch Truppentransporte im besetzten Gebiet, die sicherlich nach Polen geleitet werden sollen. Verwicklungen drohen, und wir haben die größten Bedenken, daß der Reichstag jetzt in Ferien geht. (Sehr wahr bei den U. Soz.) Wir wünschen von der Regierung Auskunft, wie sie die Neutralität Deutschlands zu wahren gedenkt. Die Arbeiterschaft wird jedenfalls auf dem Posten sein, die Transporte beobachten und nicht dulden, daß zum Kampf gegen Sowjetrußland Waffen und Truppen durch Deutschland geführt werden.

Weder können wir dem Reichskommissar vertrauen, noch dem parlamentarischen Beirat, der nichts anderes ist, als ein Feigenblatt des Absolutismus.

Wir protestieren gegen die unumschränkten Machtbefugnisse des Reichskommissars, gegen die Aufhebung der Schutzbestimmungen der Strafprozeßordnung, gegen die Konzralle des Verkehrs, gegen die Heranziehung der Reichswehr, gegen die Zuchthausstrafen, gegen den Korruptionsfonds von 200 Millionen, den man dem Reichskommissar geben will.

In diesem Protest wissen wir uns eins mit der gesamten Arbeiterschaft. Die gewaltige Demonstration der Berliner Arbeiterschaft im Lustgarten hat bewiesen, daß sie hinter uns steht. Wir warnen in letzter Stunde vor der Annahme des Gesetzes.

Sie wollen nur das kapitalistische System gegen die soziale Revolution verteidigen. Sie können aber die wankende kapitalistische Gesellschaft nicht mehr lange halten. Gerade die Durchführung dieses Gesetzes bringt neue Erschütterungen, für die dann nur Sie verantwortlich sind. (Sehr wahr bei den U. Soz.) Sie wollen eine neue Diktatur aufrichten! Versuchen Sie es! Wir werden nicht ruhen noch rasten bis wir Ihnen dies Schandgesetz zerrissen vor die Füße werfen können. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Hierauf gab Minister des Aeußern Dr. Simons die Erklärung über die Bedrohung der deutschen Neutralität ab, deren Wortlaut wir bereits im gestrigen Abendblatt veröffentlicht haben.

Abg. Stelling (Soz.): Die sozialdemokratische Partei ist der Meinung, daß die Notwendigkeit des Gesetzes im Friedensvertrag von Versailles und dem Abkommen von Spaa begründet liegt. Die Unabhängigen sollten sich die Frage vorlegen, ob sie nicht auch diesem Gesetz zustimmen müssen, denn besonders jeder Arbeitervertreter hat ein Interesse daran. Wir haben alles getan, um das Gesetz so zu gestalten, daß es kein Ausnahmegesetz wird, aber wir können nicht die Verantwortung übernehmen, daß durch ein Scheitern des Gesetzes das Abkommen von Spaa verletzt würde. (Beifall.) Die Schaffung des parlamentarischen Beirats wird besonders dazu beitragen, eine unparteiische Handhabung zu gewährleisten.

Abg. Merk (Bayer. Vp.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Frau Zetkin (K. P. D.): Es gibt einen Grad der Schlechtigkeit, der jede Verbesserungsfähigkeit ausschließt, und dieser Grad ist für das Proletariat in diesem Gesetz erreicht. Solch ein Gesetz könnte nur durch die politischen Arbeiterräte getreht durchgeführt werden. (Ironische Heiterkeit bei der Mehrheit.) Trotz des parlamentarischen Beirats bleibt das Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Warten wir ab, ob das Gesetz z. B. gegen die Organisation Escherich angewandt wird, den Hauptherd der reaktionären Bewaffnung. (Sehr richtig!) Wenn Sie glauben, mit diesem Gesetz die Revolution aufhalten zu können, so täuschen Sie sich: es lebe die Weltrevolution.

Abg. Barlage (Ztr.): Um der Sozialdemokratie entgegenzukommen, ziehen wir unsere Fassung zu § 9 zurück und übernehmen die sozialdemokratische. Den § 9a halten wir aufrecht.

Reichsminister des Innern Koch: Das Gesetz richtet sich gegen alle, die Waffen haben, gegen keinen mehr und keinen weniger. Was die Organisation Escherich anbetrifft, so erkläre ich, daß die Reichsregierung eine solche Organisation offiziell nicht anerkannt hat, sondern daß sie ausdrücklich darauf hinweist, daß nach dem Abkommen von Spaa eine solche Organisation unzulässig ist. Daß vor der Konferenz von Spaa das eine oder andere bekannt war, mag wohl richtig sein, denn vor dem Abkommen von Spaa war daran absolut nichts gesetzwidriges zu erblicken.

In der Gesamtabstimmung wird darauf das Entwaffnungsgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Deutschnationalen (Dr. Rösicke, v. Graefe, Oberfohren usw.) angenommen.

Präsident Loebe teilt darauf dem Hause mit, daß um 1 Uhr der Aeltestenausschuß zusammentreten wird, um über die neue Lage zu beraten. Er kündigt eine neue Erklärung des Außenministers Dr. Simons an. (Bewegung.)

Das Haus tritt dann in die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über die

Erwerbslosenfürsorge

ein.

Abg. Andree (Ztr.): Eine geordnete Arbeitslosenfürsorge ist dringend notwendig. Mit den Plänen des Herrn Arbeitsministers sind wir einverstanden. In außerordentlicher Not muß bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Achtstundentages länger als acht Stunden gearbeitet werden. Wir unterstützen die Regierung in ihren Bestrebungen. (Beifall.)

Abg. Lambach (D.-Nat.): Wir sind zum Arbeitnehmervolk gegenüber den Arbeitgebervölkern der Entente geworden. (Sehr richtig!) Die Sozialisierung halten wir für kein Mittel der Steigerung der Produktion. Wir stimmen mit der „Roten Fahne" überein, daß die Arbeitslosenunterstützung kein Mittel zur Behebung der Krise sei, weil sie die Produktion nicht steigern und die Proletarier von der Arbeit entfremden wird. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Bell: Es sind noch 12 Redner gemeldet. (Große Unruhe.)

Arbeitsminister Brauns: Die Lohnfrage ist vom Abgeordneten Dißmann völlig falsch geschildert worden. Die Karenzzeit soll für die Kurzarbeiter sofort wegfallen. Der Sozialisierung gehen wir durchaus nicht aus dem Wege. Ich habe die Erklärung abzugeben, daß die Reichsregierung auf den Beschluß des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli auf Einführung der Gemeinwirtschaft im Bergbau unter Hinzuziehung der Arbeiter steht. Der Wirtschaftsminister hat ferner den Auftrag erhalten, auch auf Grundlage der demnächst herauskommenden Beschlüsse der Sozialisierungskommission weiter zu arbeiten. Wir werden uns für die Form der Sozialisierung entscheiden, von der wir uns die größte Wirtschaftlichkeit versprechen. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialisierung allein ist aber ebensowenig wie die Erwerbslosenunterstützung das Mittel, die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage von heute auf morgen zu ändern. Die endgültige Lösung der wirtschaftlichen Krisis kann nur durch Vermehrung der Produktion kommen. (Beifall.)

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.): Alle Arbeitsgelegenheit hängt letzten Endes von dem Ausfall der Ernte ab. Unsere Produktion leidet sehr unter der schwankenden Valuta. In der staatlichen Unterstützung bedrohter Privatbetriebe sehen wir eine schwere Gefahr. Auch darf nicht auf dem Umweg der produktiven Arbeitslosenfürsorge die Sozialisierung eingeführt werden.

Abg. Eckelenz (Dem.): Nach dem schweren Schlag, den unsere Wirtschaft durch den Friedensvertrag erlitten hat, werden viele Millionen durch unproduktive Arbeit beschäftigt. Gleichzeitig werden aber immer noch ungeheure Gewinne erzielt. Dieser Zustand muß beseitigt werden. Es gibt noch Stellen im deutschen Wirtschaftsleben, Konventionen, Ringe, die sich mit aller Macht gegen die Herabsetzung der Preise sträuben.

Abg. Kaiser (Soz.): Die Klassengegensätze lassen sich nicht überbrücken, auch nicht in Deutschland. Die hunderttausende Arbeitslosen und Millionen Kurzarbeiter können wir nicht durch Notarbeiten befriedigen. Die Industrie hat keine Kohle, keine Aufträge und doch verlangt man eine Verlängerung der Arbeitszeit. Bei kürzerer Arbeitszeit ist zudem die Arbeitsintensivität viel größer. Das wichtigste ist die Arbeitsbeschaffung. Die Unterstützung gehört erst an den zweiten Platz. Die Wurzeln unserer wirtschaftlichen Kraft liegen in der Urproduktion. Für sie muß man Wohnungen schaffen. Wir müssen mit der Melioration des Landes eine großzügige Siedlungsorganisation verbinden, namentlich für die Kriegsbeschädigten. Wenn die Regierung rigorose Betriebsstillegungen verhindern will, dann muß sie das mit gesetzgeberischen Maßnahmen tun, nicht mit einem Appell an die Vaterlandsliebe. (Sehr richtig links.) Von den 260 Milliarden Schulden fallen nur ¾ Milliarden auf die Erwerbslosenfürsorge. Wir müssen allmählich von der Unterstützung zur Arbeitslosenversicherung übergehen.

Abg. Frau Zetkin (K. P. D.): Die Erwerbslosenfürsorge darf nicht in Form einer enadrüstigen Armenfürsorge gehalten werden. Sie muß für Männer und Frauen gleich sein; denn bei beiden ist die Notlage gleich groß und das Anschwellen der Prostitution spricht eine tragische Sprache. Besonderes Augenmerk muß auch auf die große Zahl von arbeitslosen Intellektuellen gerichtet werden. Das heutige Heer der Arbeitslosen ist nicht die Reservearmee des Kapitalismus, sondern es sind seine Totengräber.

Genosse Malzahn:

Die allgemeinen Redensarten über Steigerung der Produktion, Ruhe und Ordnung nützen den Arbeitslosen nichts. Die Industrie hat nur Produktionslust, wenn ihr Profit winkt. Der Motor des Wirtschaftslebens ist die Arbeiterschaft. Die Betriebsräte müssen die Produktion überwachen und alle Betriebseinstellungen verhindern. Wir fordern, daß die Verträge der Betriebsstoffindustrie mit dem Wirtschaftsministerium veröffentlicht und zu ihrer Prüfung die Betriebsräte der Automobilindustrie herangezogen werden. In der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik stehen für hunderte von Millionen Maschinen, die

mit einer Mark zu Buch stehen.

(Hört! Hört!) Da wird die Enteignung nicht schwer sein. Dort könnten sehr gut Lokomotiven hergestellt und 6000 Arbeiter beschäftigt werden. Sowjetrußland hat in Skandinavien erst jüngst tausende von Lokomotiven bestellt. (Hört! Hört!) In Spandau ist die Leitung entweder unfähig, oder man will die Reichsbetriebe, die Musterbetriebe sein sollen, sabotieren. Die kapitalistische Profitwirtschaft muß abgelöst werden von der sozialistischen Bedarfswirtschaft. (Beifall bei den U. Soz.)

Arbeitsminister Brauns: Die Regierung ist bemüht, die Erwerbslosenunterstützung der Krise anzupassen. Sie hat beschlossen, 35 Millionen Mark den Ländern zur Verfügung zu stellen für besondere Unterstützungen der langfristig Erwerbslosen. Die Länder und Gemeinden sollten Zuschüsse gewähren, sodaß für diesen Zweck insgesamt etwa 60 Millionen zur Verfügung stehen.

Auf Antrag des Abg. Eckelenz (Dem.) wird die Debatte gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen geschlossen.

Der unabhängige Antrag wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Loebe: Wir stehen am Ende unserer gegenwärtigen Tagung und ich bitte Sie, mir die Festsetzung der nächsten Sitzung und Tagesordnung zu überlassen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß mich Ereignisse jenseits der Grenze, die Verhandlungen in Genf oder andere außenpolitische Zwischenfälle nicht zwingen, Sie früher einzuberufen, als es nach dem normalen Geschäftsgang nötig sein würde. Ich hoffe, daß sich auch die Arbeits- und Ernährungsverhältnisse in unserm Lande so gestalten, daß wir nicht früher zusammentreten brauchen und wünsche Ihnen gute Erholung. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 4¾ Uhr.

Die Vertagung

Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute mittag nochmals zu einer Sitzung zusammen, um die Geschäftslage zu besprechen. Dem Antrag, wonach der Reichstag infolge der politischen Lage weiter versammelt bleiben soll, wurde nicht entsprochen. Es bleibt vielmehr dabei, daß der Reichstag heute seine Beratungen zum Abschluß bringt und sich bis Mitte Oktober vertagt. Sollten jedoch politische Ereignisse es erforderlich machen, so ist Vorsorge getroffen, daß der Reichstag auch jederzeit früher zusammentreten kann.

Arbeitsaufnahme in Zittau

Dresden, 5. August.

Aus der Staatskanzlei wird uns mitgeteilt: In Zittau hat die Arbeiterschaft nach Verhandlungen mit dem von der Regierung ernannten Regierungskommissar beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Beginn der Arbeitsaufnahme richtet sich nur danach, wann die Stromlieferung des Kraftwerkes Kirchfeld wieder einsetzen kann. Eine Besetzung dieses Werkes hatte sich erübrigt. Der Regierungskommissar hat mit dem Militärbefehlshaber vereinbart, daß so schnell wie möglich mit der Zurückziehung der Truppen begonnen werde. Ueber den Bezirk Löbau ist der Ausnahmezustand bereits aufgehoben worden. Ueber die Aufhebung auch im Bezirk Zittau sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen.

Allgemeine Lohnbewegung in Frankfurt am Main

TU. Frankfurt a. M., 5. August.

Dem Vorgehen der Arbeiter in den Großbetrieben der Frankfurter Bezirke folgend, stellen nunmehr auch die Arbeiter der anderen Betriebe, wie der Feinleder-Industrie und der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, Lohnforderungen. Vor allem Erhöhung der Löhne in Höhe des Steuerabzuges und darüber hinaus, sowie teilweise Bezahlung des durch Arbeitseinschränkungen entstandenen Lohnausfalles. Heute nachmittag beschäftigt sich eine Sitzung der Arbeitgebervereinigungen mit dieser Angelegenheit. Da die Arbeiter ihre Forderungen in durchaus ruhiger Form vorbringen, rechnet man mit einer gütlichen Einigung.

Für den Achtstundentag

PPR. Frankfurt, 4. August.

Die Gemeindevertreter im benachbarten Gebiet haben beschlossen, gegen Arbeiter, die nach Schluß der achtstündigen Arbeitszeit bei Landwirten mehrere Stunden tätig sind, mit Hilfe der Betriebsräte und Gewerkschaften vorzugehen. Auch die Gewerbeinspektion soll gegen sie aufgerufen werden.

Der Streik in den Seebädern. Der Ausstand der Beamten und Arbeiterschaft der Ueberlandzentrale Stralsund und der Betriebswerke Swinemünde dauert nach wie vor in vollem Umfange an, so daß ganz Vorpommern noch immer ohne Licht und Kraft ist.

USP. und Landproletariat

Am 21. Juli tagte in Halle eine Konferenz, die sich mit der äußerst wichtigen Frage der Landarbeiter-Agitation und des Zusammenarbeitens der U. S. P. D. mit den revolutionären Elementen des Landarbeiterverbandes beschäftigte. Vertreten waren die Bezirksleitungen der U. S. P. D. von den Agitationsbezirken Erfurt, Magdeburg und Halle, drei Gauleiter des Landarbeiterverbandes und eine Reihe Partei- und Landarbeiterfunktionäre. Die Gauleiter Höbes-Erfurt, Theuerjahr-Cöthen und Berkling-Magdeburg wiesen in eindrucksvollen Ausführungen nach, wie wichtig die Landarbeiterbewegung für die Partei ist. Besonders klagte man darüber, daß die Parteipresse viel zu wenig auf die Landarbeiterfrage eingehe. Der „Landbote" würde gewiß in Mitteldeutschland viel gelesen, genüge aber nicht, da man vorläufig damit noch nicht an alle Landarbeiter herankäme. Die Debatte war eine sehr rege. Einmütig verurteilte man Absplitterungsbestrebungen eines „mitteldeutschen Landarbeiterverbandes", der im Mansfeldschen sein Unwesen treibt. Die U. S. P. D. dürfe niemals derartige unter radikaler Flagge segelnde Absplitterungen verteidigen. Die Frage der Zwangswirtschaft, die Frage der ausländischen Landarbeiter, das Siedlungsgesetz, das Problem der Arbeitsgemeinschaft, die Technische Nothilfe auf dem Lande, all diese wichtigen und einschreitenden Probleme wurden gestreift. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der Parteivorstand möge bald eine Reichskonferenz einberufen, die sich mit der Agrarfrage beschäftigen soll. Zu dieser Konferenz solle man Vertreter der Landarbeiter, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, hinzuziehen.

Aus der Partei

Warnung vor einem Schwindler

Die Parteigenossen seien hiermit vor einem Schwindler gewarnt: Er heißt Paul Schüler, ist Ingenieur und am 29. Mai 1881 in Metz geboren. Er hat die Partei an vielen Orten, in denen er sich als Flüchtling aus dem besetzten Gebiet ausgab, um nicht unbedeutende Summen betrogen. Insgesamt, nach den uns zugegangenen Mitteilungen, um annähernd 20 000 Mark. Er verschaffte sich mehrermal Ausweise unserer Partei, und wird auch jetzt weiter, obwohl ihm das Mitgliedsbuch abgenommen wurde, seine Brandschatzung mit erschlichenen oder gefälschten Ausweisen fortsetzen.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr:
Der Kuhreigen

Staatl. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Allabdl. 7½ Uhr: Die Strohwitwe
Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Julius Cäsar.
(34. Abteilung, V. Abend)

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
Täglich 7 Uhr: Weibsteufel

Kammerspiele
8 Uhr: Die Notbrücke.

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Büchse der Pandora

Theater des Westens
½8 Uhr:
Der ehemalige Leutnant.

Direktion
Carl Meinhard - Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8 Uhr: Geständnis

Komödienhaus
8 Uhr: Petz-Kalmer Ballett

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer.

Trianon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Allabendlich 8 Uhr:
Hansi Arnstädt in
Untreu
Komödie von Roberto Bracco.
Sonntag nachm. 4 U.: Der Störenfried

Residenz-Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke)
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Die Raschhoffs
Sonntag nachm. 4 U.: Der gute Ruf

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in Das Glas der Jungfrau
Sommerpreise: 1.80 b. 28 M.

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendl. 8 Uhr: Clubleute
mit Max Adalbert

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
Allabendl. 7½ Uhr: Die 3 Zwillinge

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
Allabendlich 7½ Uhr:
Prinzessin Friedl

Theater a. Kottbus. Tor
Tel. Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Vorverk. 11—1½ u. 4—6.

Ehemaliges
Voigt-Theater
Badstraße 58.
Sommerbühne:
Täglich nachm. ½5 Uhr:
Bunter Teil
Abends 7½ U.: Die Dame vom Circus

Rose-Theater
7½ Uhr: Ein Walzertraum.
Gartenbühne
Täglich 7½ Uhr: Süße Susi.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varietee-Programm!

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Kasernenluft.

Sommerth. „Groß-Berlin"
(Kliems) :: Hasenheide 13
Heute letzte Aufführung:
Novembersturm
ab 8½ Uhr: Spezialitäten und Konzert
Ab Sonnabend ½8 Uhr:
Wilhelm Tell.

Casino-Theater
Wiedereröffnung Freitag, 13. Aug.
mit dem neuen Volksstück
Knorp's sel. Witwe

Germania-Brauerei
Frankfurter Allee 313
Tägl. 8 U.: Sensat.-Schauspiel
Krone und Fessel
Das Ende einer Königskrone
vorher ab 6 Uhr:
Spezialitäten.
Ab Freitag täglich:
Entscheidungsringkämpfe.

Kammer-Tanzspiele
Bülowstr. 6, am Nollendorfplatz
Telefon: Lützow 2305.
Tägl. 7½ Uhr: Orient. Ballett und Schönheits-Tänze

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108—114
Täglich Konzert und Vorstellung
Dienstags, Mittwochs, Donnerstags u. Sonntags
Großer Ball.
Die Kaffeeküche ist tägl. geöffn.
Anfang wochentags 5 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7—9
12 Varietee-Sensationen 12
In der Tanz-Diele Großer Ball
Anfang ½8 Uhr

Cirkus Busch-Gebäude
Täglich 7½ Uhr:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
! Perlas !

Residenz-Lichtspiele, Blumenstraße 10
„Aphrodite"
Das Problem der Liebe.

Ballschmieders | Friedrich-Wilhelmstädt.
VARIETE-GARTEN
Badstraße 16 | Chausseestraße 30
Das große Elite-Variete-Programm
Jeden Mittwoch FEUERWERK Jeden Donnerstag

Zum Schulanfang

Knaben-Anzüge bedeutend herabgesetzt

Stoff-Anzüge in guter Qualität	von 250	240	230	220	210	200	190	
	auf 137	130	123	116	109	102	95 M.	
Stoff-Anzüge in verschiedenen Fassons mit Ueberkragen	von 320	310	300	290	280	270	260	250
	auf 215	205	195	185	175	165	155	145 M.
Stoff-Anzüge prima Verarbeitung u. Stoffe in allen Fassons	von 390	375	360	345	330	315		
	auf 275	260	245	230	215	200 M.		
Wasch-Anzüge	36	45	50	55	60	65	75 M.	

Nur eine Verkaufsstelle — **BaerSohn** — Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

UfA
Uraufführung
Die goldene Krone
1. Henny Porten-Film der Serie 1920/21
n. d. gleichn. Roman v. Olga Wohlbrück
Hauptdarsteller:
Henny Porten
Hartmann / Thimig / Vallentin
Regie: Alfred Halm

Leo Peukert
im B. B.-Schwank
Der Liebesschüler

Figaros Hochzeit
Terra-Monumentalfilm mit
Hella Moja
Vera Schwarz, Jlka Grüning, Moissi, Tiedtcke, v. Winterstein, Grätz
Regie: Max Mack
Verfasser: Hans Brennert

Der Sprung ins Dunkle
Schauspiel in 5 Akten
mit Stella Harf
Regie: E. Reicher

Doktor Klauss
B. B. Lustspiel
nach Adolf L'Arronge
mit Konrad Dreher

Maria Tudor
Schauspiel in 5 Akten
mit Ellen Richter
Regie: Adolf Gärtner

Doktor Klauss
B. B. Lustspiel nach Adolf L'Arronge
mit Konrad Dreher

Grete Freund u. Felix Basch
im Schauspiel
Menschen von heute

Der Künstler
B. B. Lustspiel mit Arnold Rieck

Die letzte Gala-Vorstellung
des Zirkus Wolfson
Sensationsfilm

Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags: Beginn 4 Uhr

Mozart-Saal — U. T. Kammerlichtspiele — U. T. Kurfürstendamm — Tauentzien-Palast — U. T. Nollendorf-Platz — U. T. Friedrichstr. — U. T. Alexander-Platz — U. T. Weinbergsweg — U. T. Hasenheide — U. T. Schöneberg

Die
Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz kauft sämtliche
Altmetalle
zu den höchsten Tagespreisen
Kupfer 10,00
Messing 4,75
Zinn bis 30,—
Weißmetall b. 20,—
I. Neukölln, Steinmetzstraße 18
II. Lichtenberg, Jungstraße 23
III. Berlin N, Malmöer Str. 26

Kupfer . . . 9,—
Rotguß . . 8,50
Messing . . 4,50
Blei, Zink . 2,25
Zinn . . b. 25,—
Quecksilber 35,—
Schulzendorfer Str. 2.

Spiralbohrer,
neue Schmirgelsteine kauft Henschel, Moabit, Rostocker Straße 32.

Altmetalle
Gold, Silber, Platin-Zähne kauft
Israel, Alte Jakobstr. 173.

Genossen werbt für die Freiheit

Zahle für
Reinzinn p. kg **32.—**
Größe e Posten weit mehr
Große Frankfurter Straße 116
Hof geradezu

Gold, Platin, Silber
Wertsachen kauft Düllo Co.,
Oranienstraße 138, I.

Altmetalle
Quecksilber kauft höchstzahlend
Metallankaufsstelle „Moabit"
48 Stromstraße 48.

Kupfer 9.50
Rotguß 9.—, Messing 4.50,
Blei 2.50, Zink 2.50,
Alum. 7.00, sämtl. Späne,
Quecksilber, Nickel, Zinn
Schönhauser Allee 143

Kupfer 9.00
Messing 4.50
sämtliche Altmetalle
Driesener Straße 24
Ecke Schivelbeinerstraße.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damenkonfektion
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags,
5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer
Paul Rubin
Wendenstraße 3, am 3. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in der Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher
Rudolf Schieschka
Uferstraße 18, am 28. Juli gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Uhren, getragene Damen-, Herrenuhren kauft
NEUMANN,
Alexanderstraße 27 III Treppen.

Alte Wein-Stuben **J. F. Rauch**
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174, neb. Geld-Busse, Gr. Frankfurter Strasse 112, neben Jandorf, Invalidenstrasse 164. :: Engros: N 4, Bergstrasse 34. Tel. Nord. 8214.
Billige Bowlenweine
Eierlikör „Advokat".
— Derby-Cognac. —

Deutscher Hausdiener-Verband
Verein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Hermann Ziemer
(Bezirk Norden I)
am 2. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 7. August, vormittags 9 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 8. August 1920, vormittags 10 Uhr,
Versammlung der Bauanschläger
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 3).
Tagesordnung: 1. Verbands- u. Branchenangelegenheiten (Bericht über die letzten Verhandlungen). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen, um über die jetzigen Löhne informiert zu sein, ist es notwendig, daß Ihr alle erscheint.
Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
Die Ortsverwaltung.

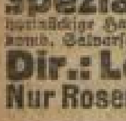
Trauringe : Enorm billig
Dukatengold 900 gest. Stück 130 Mk. an
14 Krt. 585 „ „ 70 „ „
8 „ 333 „ „ 40 „ „
Stets vorrätig am Lager
Ankauf von altem Gold und Silber
H. Bock, Berlin O, Andreasstr. 44 (vis-a-vis Jandorf)

Tüchtige
Verkäuferin
für die Abteilung
Optik
sofort gesucht.
Meldung 11—12 Uhr
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W. 50
Tauentzienstraße 21-24

Kupfer 10.—, Messing 5.25,
Zinn 35.—, Blei 2.70,
Zink 2.80. Neue Hochstr. 38

Achtung! **Anzüge!**
aus prima Stoffen in tadelloser Verarbeitung von 320 M. an
Krause & Knödler
Am Zirkus 8
beim Großen Schauspielhaus

Konzert-Kaffee Tivoli
Chausseestraße 25 — Erstes u. größtes Volkskaffee Berlins
Wiedereröffnung: Morgen, Sonnabend, den 7. August



Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10621.

Spezial-Arzt Dr. Ebotte für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Lues komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kurinstitut „Löser" geöffnet 9—1, 4—8. Sonnt. 9—1.
Dir.: Löser senior
Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezial-Behandlung f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvarsan-Kur., Bestrahl. Spezial-Aerztl. gel. Heilanstalt „Löser", Münzstr. 9
nahe Alexander-Platz, 9-1, 4-8, Sonnt. 10-12, Damenzimmer sep.

Schm. **Kupfer 10.—**
Rotguß . . . 9.00
schm. Messing 5.00
Messingspäne 4.00
Blei, Zink . 2.00
Lager b. . . 20.00
v. Zinn b. . 35.00
Quecksilber 65.00
Gültig bis 10. 8.
Honig, Lothringer Straße 25

Bosch-Magnete
Z.-Lampen kauft
Düllo Co., Oranienstr. 138, I.

Gollnowstr. 5, Hof
Kupfer 10.75
Messing 5.30
Zink . . . . . . 3.—

Kupfer . . 10.—
Rotguß . . 9.—
Messing . 4.75
Blei 2.50
Zink 2.50
zahlt
Wiemer
Pascalstrasse 3
an der Helmholtzstraße und Gotzkowsky-Brücke

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen Kirchein, Linienstr. 50

Nicht bis
Kupfer . 10.25
Rotguß . 10.00
Messing . 5.50
Blei, Zink, Zinn
sämtliche Metalle kauft
Metallverwertung
Tel. Humboldt 3392
Weißenburger Straße 11
Köpenicker Straße 121a
Reinickendorfer Str. 107
Gipsstraße 10.
Lothringer Str. 47, vorn l. Keller

Frauenhaar
kauft zum höchsten Tagespreis
Haarhandlung Gr. Frankfurter Straße 54 u. Metzer Straße 30.

Leim, Schellack,
Paraffin, Terpentin, Drogen, Anlegeöl, kauft
Winkler, Oranienburger Straße 12.

Kupfer 9.75
Messing 4.75
Blei 2.60, Zink 2.50
Zinn, Quecksilber
und sämtliche Metalle kauft zu den höchsten Tagespreisen
Oderberger Str. 1
Bernauer Str. 98
Lothringer Str. 48
(am Rosenthaler Platz.)

Altmetalle
Quecksilber, Zahngebisse
Platina, Gold-, Silberbruch
weit über Tagespreis
nur 3 Einkaufstellen
Brunnenstrasse 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn und Lagermetall, Quecksilber unüberbietbare Tagespreise
Zuckermann,
Elsasser Straße 9, vorn II Tr.
Norden 4661.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Galanterie
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags,
5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Tüchtige
Kassiererinnen
sowie
Kontoristinnen
mit schöner Handschrift
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags,
5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Die einmalige Vermögensabgabe

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg.

Vor anderthalb Jahren glaubte man allgemein, daß jeder Deutsche in kürzester Frist einen erheblichen Teil seines Vermögens an das Reich abzugeben haben werde. Selbst ein so zaghafter Finanzpolitiker wie der damalige Schatzsekretär Schiffer hielt eine große einmalige Vermögensabgabe für unerläßlich. Inzwischen ist es davon immer stiller geworden, trotzdem sich die Finanzlage des Reichs — vor allem infolge unserer kläglichen Steuerpolitik — so verschlechtert hat, wie man es wohl noch vor einem Jahre für unmöglich gehalten hätte. Und so mancher wohlhabende Mitbürger glaubt heute, sich mit dem Reichsnotopfer von der einmaligen Vermögensabgabe loskaufen zu können. Davon kann aber ernstlich nicht die Rede sein. Das Reichsnotopfer ist eine mäßige, vierteljährlich zu entrichtende Vermögenssteuer, die nie und nimmer eine Sanierung der Reichsfinanzen bewirken kann. Es sollte ersetzt werden durch eine wirklich große einmalige Vermögensabgabe. Leitender Grundsatz müßte sein: An einem bestimmten, möglichst nahen Termin, sagen wir am 4. Oktober 1920, geht die Hälfte des inländischen Vermögens in das Eigentum des Deutschen Reichs über. Die Ausführung denke ich mir so:

Kapitalvermögen. Jeder Besitzer von Banknoten, Kassenscheinen, Reichsanleihen, Reichsschatzanweisungen hat diese Werte in der Zeit vom 4. bis 30. Oktober 1920 bei einer der im „Reichsanzeiger“ bekanntzugebenden Umtauschstellen einzureichen. Er erhält die Hälfte des Nennwertes in neuen Stücken zurück. Das alte Papiergeld gilt vom 4. Oktober 1920 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel; auch werden von diesem Tage ab alte Zinsscheine nicht mehr eingelöst.

Jeder Besitzer von Anleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie von Schuldverschreibungen, Pfandbriefen, Obligationen, Aktien und Kuxen inländischer Unternehmungen hat diese Werte nebst Zinsbogen bzw. Dividendenbogen in der Zeit vom 4. bis 30. Oktober 1920 bei einer der im „Reichsanzeiger“ bekanntzugebenden Abstempelungsstellen einzureichen. Er erhält dann die abgestempelten, auf die Hälfte des bisherigen Nennwerts herabgesetzten Stücke mit neuen, ebenfalls auf die Hälfte des bisherigen Werts herabgesetzten Zins- bzw. Dividendenbogen, während das Reich Doppelstücke zurückbehält. Die alten Zins- bzw. Dividendenscheine werden nicht mehr eingelöst. — Inländische Lose sind ähnlich zu behandeln wie Anleihen.

Den Besitzern von Sparkassenguthaben und Bankguthaben wird die Hälfte ihrer Guthaben val. 4. Oktober 1920 gestrichen.

Die Lebens- und Rentenversicherungsgesellschaften und -vereine haben den Endwert der am 4. Oktober 1920 laufenden Versicherungen um die Hälfte ihres „Zeitwerts“ vom 4. Oktober 1920 zu kürzen und die Hälfte der Prämienreserve an das Reich abzuführen.

Die Hälfte aller Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden ist an das Reich val. 4. Oktober 1920 abzutreten. Das Rei , wird Besitzer von Teilhypotheken usw., die mit den Stammhypotheken gleichen Rang haben.

Grund- und Betriebsvermögen. Jeder Eigentümer eines inländischen Grundstücks hat die Hälfte seines eigenen Guthabens an dem Grundstück an das Reich abzutreten. Als Guthaben des Eigentümers gilt der „gemeine Wert“ des Grundstücks zur Zeit der Vermögensabgabe, abzüglich der hypothekarischen Belastung. Will der Eigentümer den Besitzanteil des Reichs nicht sofort in Geld oder Geldeswert ablösen, so ist in Abteilung 3 des Grundbuchs für das Reich eine den vorhandenen Eintragungen nachgeordnete Sicherungshypothek in Höhe seines Anspruchs einzutragen. Diese Sicherungshypothek ist dem Reich mit 5½ Prozent zu verzinsen und mit mindestens 1 Prozent jährlich zu tilgen. — Schiffe sind ähnlich zu behandeln wie Grundstücke.

Wer als Landwirt, Gewerbetreibender oder in anderer Form eine selbständige gewinnbringende Beschäftigung ausübt, hat die Hälfte seines Betriebsvermögens an das Reich abzutreten. Will der Eigentümer den Besitzanteil des Reichs nicht sofort in Geld oder Geldeswert ablösen, so wird der Anteil des Reichs in ein bei dem zustehenden Amtsgericht zu führendes Betriebslastenregister eingetragen. Er ist mit 5½ Prozent zu verzinsen und mit mindestens 4½ Prozent jährlich zu tilgen.

Erleichterungen. Besitzern festverzinslicher Werte (Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Obligationen, Sparkassenguthaben, Bankguthaben, Hypotheken usw.), die am 4. Oktober 1920 das 45. Lebensjahr überschritten haben oder dauernd erwerbsunfähig sind und denen nach Entrichtung der Vermögensabgabe eine Jahresrente von weniger als 5000 Mk. verbleibt, kann auf Antrag eine lebenslängliche Rente in doppelter Höhe der ihnen verbliebenen Rente gewährt werden, wenn sie auch die andere Hälfte ihrer festverzinslichen Werte an das Reich abtreten.

Die Vorteile einer solchen Vermögensabgabe für das Reich liegen auf der Hand. Daß sie auch für den Abgabepflichtigen erträglich und letzten Endes vorteilhafter ist als das Reichsnotopfer, habe ich in einer kürzlich erschienenen Schrift (Ein Reichsfinanzprogramm für 1920, Tübingen, Verlag J. C. B. Mohr) ausführlich dargelegt.

Betriebsräte

Die Zusammenfassung der Betriebsräte

Die am Sonnabend, den 31. Juli 1920 tagende Vollversammlung der Betriebsräte, Obleute und Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Berlin der Deutschen Filmgewerkschaft hat nach der Wahl der Ortsgruppenleitung, in welcher die Kollegin Gertrud Duchnowski, ferner die Kollegen Schaup, Banke, Bischoff, Töpffer, Grimm, Plintzner, Knoops und Sagan gewählt wurden, Stellung zur Zentralisierung der Betriebsräte genommen. Nach dem Bericht des Sekretärs, Kollegen Stabernack, an welchem sich eine Diskussion schloß, wurde folgender Antrag des Kollegen Plintzner einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Ortsverwaltung Groß-Berlin der Deutschen Filmgewerkschaft, die der Berliner Gewerkschaftskommission angehören, werden unter allen Umständen ersucht, für eine sofortige Einberufung eines allgemeinen deutschen Rätekongresses einzutreten.“

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß die Tarife für die Berufsgruppen der Atelierarbeiter und Handwerker, Fabrikationsarbeiter und kaufmännischen Angestellten abgeschlossen sind. Die Allgemeinbestimmungen wurden von dem vorjährigen Tarif übernommen. Die noch außenstehenden Tarife der übrigen Berufsgruppen werden weiter verhandelt. Im Falle, daß es bei diesen Verhandlungen zu keinem Resultat kommen sollte, wird der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin alsdann entscheiden.

Gewerkschaftliches

Gegen eine etwaige Schließung der Spandauer Reichswerke

Mit der Tagesordnung „Stellungnahme zu der beabsichtigten Schließung der Reichswerke in Spandau“ hatten der Deutsche Metallarbeiterverband, der Holzarbeiterverband und der Transportarbeiterverband sowie die Afa (Ortskartell Spandau) zum vergangenen Mittwoch nachmittag in Spandau 3 Versammlungen der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der Reichswerke einberufen, die sämtlich stark besucht waren.

In der Versammlung in den Concordia-Sälen in der Klosterstraße referierte Weyer vom Deutschen Metallarbeiterverband. Er begründete die Befürchtung einer plötzlichen Schließung mit dem Hinweise auf die im vorigen Jahre ohne Mitteilung an die Arbeiterschaft erfolgte Schließung, auf die Schließung der Kieler Reichsbetriebe, auf die bevorstehende Entlassung von 100 000 Soldaten und nicht zum wenigsten mit dem Hinweis auf die unproduktive Arbeit in den Reichswerken, die lediglich Schuld der Leitung sei, aber vielleicht wiederum einmal den Vorwand für eine Schließung der Werke abgeben könnte.

Für die Unproduktivität und die verkehrte Geschäftsleitung in den Reichswerken führte der Redner eine ganze Anzahl von Beispielen an. Vor allem würden in den Reichswerken ganz unnötige Gegenstände, die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft allerlei Bedeutung haben, hergestellt. Zum Beispiel Taschenfeuerzeuge und Aschbecher. Es fehlt eben an den technischen und kaufmännischen Fachleuten in der Verwaltung. **Verwunderlicherweise kaufe der Staat beispielsweise die Lokomotiven und Maschinen, die in den Reichswerken hergestellt werden, nicht direkt, sondern durch Privatfirmen, wie Borsig, Berlin-Anhaltische usw., für die also die Reichswerke liefern.** In den Reichswerken würden unter anderen landwirtschaftlichen Geräten eine Anzahl sogenannter belgischer Karren hergestellt, zu denen so schlechtes Holz verwendet würde, daß diese Karren nicht weniger als dreimal von Frankreich zurückgeschickt wurden und umgeändert werden mußten. Sehr erhebliche unnötige Unkosten entstehen in den Reichswerken durch das fortgesetzte Umhertransportieren und Umstellen einer großen Zahl schwerer Maschinen. Als weiteres Beispiel für die unsachgemäße Leitung der Werke nannte der Redner **den Weiterverkauf des sogenannten Granatschrottes zu einem ganz ungewöhnlich billigen Preise an Privatfirmen,** während dieser Schrott sehr wohl in den Werken selbst verwendet werden könnte. So habe die Leitung der Reichswerke zum Beispiel mit **der Firma Stinnes einen Abschluß auf Lieferung von 20 000 Tonnen Schrott zu einem Preise gemacht, der nur einen Bruchteil des Preises ausmache, der noch vor zwei bis drei Monaten mit 3—4000 Mark** gezahlt wurde. Auf Zurufe aus der Versammlung bezifferte der Redner den Preis, den Stinnes zahlt, auf **500 Mark für die Tonne.**

Die Forderungen, die der Referent zwecks Besserung dieser Verhältnisse und zur Abwendung einer etwaigen Stillegung der Betriebe aufstellte, waren in einer von ihm unterbreiteten Entschließung festgelegt, in der es u. a. heißt: **„Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß, falls es zur Schließung der Betriebe kommen sollte, die Schuld der Generaldirektion und den leitenden Personen auferlegt werden muß. Die Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen beauftragen deshalb die in Frage kommenden Organisationsvertreter, mit den Betriebsräten beim Reichsschatzamt vorstellig zu werden, dem alle Mißstände unterbreitet werden sollen. Das Reichsschatzamt soll aufgefordert werden, für schnelle Abhilfe zu sorgen, da sonst die Schließung zur Tatsache wird, und die Arbeiterschaft ohne ihr Verschulden in Not geraten muß. Die Versammelten erklären, nochmals alles daran zu setzen, um die Betriebe rentabel zu gestalten und verlangen von den leitenden Personen, mit rentabler Arbeit beschäftigt zu werden. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, daß Organisationsvertreter und Betriebsräte der einzelnen Betriebe bei den einzelnen Beratungen der Generaldirektion mit herangezogen werden, um so zu ermöglichen, daß auch den Vorschlägen der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird.“**

In der Aussprache wurden von allen Rednern, die von dem Referenten kritisierten Mißstände bestätigt und Abhilfe gefordert. Die Redner, meist Betriebsräte, bestritten aber, daß eine Schließung in absehbarer Zeit beabsichtigt sei. Diese Zusicherung wurde allerdings von der Versammlung mit größtem Zweifel entgegengenommen. Die oben erwähnte Entschließung wurde sodann sowohl in dieser, wie auch in den beiden Parallel-Versammlungen nach längerer Diskussion einstimmig angenommen.

*

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet heute die Nachricht, inspiriert durch die Spandauer Leitung, daß von einer Schließung nicht die Rede sein könne. Auch Entlassungen, um Platz für Reichswehrsoldaten zu schaffen, seien nicht vorgesehen. An Stinnes sei der Granatschrott zu Marktpreisen verkauft worden und an den unrentablen Aufträgen seien die Arbeiter- und Soldatenräte schuld.

Jetzt haben die Arbeiter das Wort. Es wird ein leichtes sein, die Werksleitung festzunageln und nachzuweisen, daß die Schuld an der empörenden Mißwirtschaft andere Instanzen wie die Arbeiterräte tragen.

Für die Angestellten der Berliner Metallindustrie

Der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortskartell Groß-Berlin, wurde unter dem 2. August 1920 durch das Reichsarbeitsministerium folgende Verbindlichkeitserklärung übermittelt:

„Die zwischen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortssekretariat Berlin, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und dem Verband Berliner Metallindustrieller E. V. am 11. Februar 1920 vereinbarte Teuerungszulage zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 5. September 1919 wird zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie mit Ausnahme der Angestellten in der Feinmechanik und Optik sowie in der Eisenmöbel- und Drahtmatratzenfabrikation gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Tarifvertrages vom 5. Sept. 1919 gleichfalls für allgemein verbindlich erklärt. Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf die Feinmechanik und Optik, sowie auf die Eisenmöbel- und Drahtmatratzen-Fabrikation bleibt vorbehalten. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920.“

Wir fordern deshalb alle Betriebsvertretungen der Berliner Metallindustrie-Angestellten auf, dafür Sorge zu tragen, daß in den Betrieben, wo die Teuerungszulage ab April 1920 noch nicht gezahlt worden ist, dies schleunigst nachgeholt wird.

Afa, Ortskartell Groß-Berlin.
Liebeskind. Reinsberg.

Wieder eine Betriebsschließung im Buchdruckgewerbe

Heute ist dem Betriebsrat der Firma H. S. Hermann u. Co., Berlin, Beuthstraße 8, von dem Inhaber, Herrn Fritz Hermann, mitgeteilt worden, daß der Betrieb, der rund 1000 Personen beschäftigt, geschlossen wird.

Der Grund dafür ist, daß die Geschäftsleitung lieber den Betrieb schließen will, als mit dem gesetzlichen Vertreter der Arbeiterschaft, dem Betriebsrat, zu verhandeln. Zu erwähnen ist noch, daß die Firma eine der bestbeschäftigten in Berlin ist, denn sie hat gestern und heute noch umfangreiche Personaleinstellungen vorgenommen.

Was sagt das Reichsarbeitsministerium dazu, daß die größte Lohndruckerei Deutschlands lieber den Betrieb schließt, als die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen?

Die schwere Stunde

Roman

von

Victor Panin

80]

Während der Mittagszeit wandere ich in den frostigen Straßen der Stadt. Die Kälte durchdringt mich bis auf die Knochen. Meine schlechte Kleidung schützt meinen Körper nicht im geringsten vor der Kälte, ich klappere mit den Zähnen und versuche nicht einmal, dieses Zittern zu unterdrücken, es ist mir einfach nicht möglich. ich habe nicht die Kraft dazu.

An solch grauen, frostigen Tagen drückt jemand mit grausamer, harter Hand des Knaben kleine, heile Illusionen zu Boden, tötet sie, rupft einer nach der anderen die Flügel, so daß man nicht mehr fliegen kann, auch dem Glauben werden die Flügel gestutzt.

„Aber, Väterchen, dürfte ich mit der Nase spielen?“

„Du darfst es, mein Liebling!“

Er beginnt nun die Nase zu bewegen, die Nasenlöcher zu öffnen und zu schließen, und bringt komische Laute mit der Nase hervor. Aber das Spielen will nicht recht gelingen und wird ihm bald langweilig.

Nun komme ich zu ihm heran, nehme das eingehüllte Kind in die Arme, und meinen Jungen an die Brust drückend, gehe ich im Zimmer auf und ab, ihn wiegend und ihm Märchen erzählend. Ich erzähle, daß es dort, weit, weit entfernt, eine andere Welt gibt, wo die Sonne ewig leuchtet, wo es weder Dunkelheit noch Frost, noch Kälte gibt . . . Dort frieren die Menschen nicht, ihre Gesichter strahlen ewig von Freude, und dort gehen die kleinen Kinder wie weiße Engel mit Flügeln auf der Erde umher, und ewig ertönt ihr fröhliches Gelächter! So wird auch mein Wowotschka, wenn er recht artig ist, wenn er seinem Väterchen recht gehorchen wird, dort, weit, weit, mit diesen Engelkindern zusammen sein. . . .

Ich sehe, mein Junge ist längst eingeschlafen, aber ich gehe immer auf und ab, zärtlich meine Last tragend, was aber am merkwürdigsten ist, ich höre nicht auf, meine Märchen zu erzählen, und ertappe mich bei dem Gedanken, daß ich eigentlich das Märchen ebenso sehr brauche, wie mein kleiner Wowa. Und auf Flügeln der Phantasie fliege ich immer weiter und weiter, . . . denke: „Gott, in Indien, in der Sahara, gibt es ja jetzt soviel Sonne und Wärme, . . . hier aber erfriert mein unschuldiger Junge, wegen des bösen Frostes! Und warum ist es so? Jegliches Gefühl der Realität verlierend, denke ich, ohne mir Rechenschaft über die Chimären zu geben: Wenn ich Wowa nehmen und mit ihm gehen würde, immer gehen, gehen . . . . bis ich nach Indien käme, . . . genügten denn meine Kräfte nicht dazu? . . . . . Würde ich denn vor Erschöpfung niederfallen? . . . . . Ach nein, für meinen Jungen wäre ich bereit, Ozeane zu durchschwimmen. . . . . Und mein Liebling braucht ja so wenig, Sonne, Wärme . . . mein Gott, werden die Märchen auf Erden nie walten? Werden sie ewig bloß ein chimärer Traum der sehnsüchtig irrenden Menschenseele bleiben?“

Allein bei diesem Gedanken scheint es mir, daß Wowa, ich, die ganze Menschheit so unendlich unglücklich sind . . . . . Tränen steigen in mir auf, und in bitteren Strömen möchte ich den vom Menschen vielleicht einmal verlorenen goldenen Traum beweinen, dessen trübe Erinnerung in der Seele noch weiter lebt, aber er selbst, dieser aufgescheuchte Traum, will nicht mehr ins Leben zurückkehren . . . .

Märchen . . . Märchen . . . weshalb könntest du nicht ins Leben zurückkehren? Regt sich in dir kein Mitleid mit der gequälten, erschöpften Menschenseele? Du hörst mit welcher Leidenschaft, mit welchem felsenfesten Glauben Wowa von dir träumt, und nicht er allein, sondern Millionen, dutzende Millionen von Wowas. Sollte es möglich sein, daß ein solcher Glaube vergeblich, ewig bloß eine unrealisierbare, trügerische Illusion bleibe? . . .

Aber ich erinnere mich der Worte des großen Kinderfreundes. Christus hat gesagt: Der Glaube kann Berge versetzen. —

Ich blicke auf Wowas Gesicht; ein glückliches, friedliches Lächeln umspielt seine Lippen. Er schläft, er träumt, er glaubt an Märchen, Sonne und Wärme. . . .

Es ist eine merkwürdige Sache: ich bin bald fünfzig Jahre alt, ich habe schon so lange gelebt, ich habe so viel geschrieben und gelesen, und dachte in naiver Selbstüberhebung, daß ich das Leben kenne, und doch habe ich nicht gewußt, was Hunger ist. Ich kannte nicht eine dieser mächtigen Triebfedern, die unaufhaltsam die Geschichte fortbewegen, die bald Reiche schafft und wieder zerstört, die gewisse Völker in die Sklaverei anderer zwingt, die im Menschen seine atavistischen, tierischen, animalischen Instinkte weckt.

Ja, das ist mir alles neu! Nicht, daß ich bisher gar nichts von Hunger gehört, nichts gelesen hätte, — nein, das ist es nicht! Ich habe selbst zwei, drei Tage gehungert, aber auch das ist nicht der wahre Hunger gewesen, weil man wußte, daß es in kurzer Zeit einen Ausweg geben würde.

Der schreckliche, echte Hunger beginnt dann, wenn alle Hoffnung schwindet, ihn je zu stillen.

Früher las ich in der Zeitung, in dem Gouvernement herrscht Hungersnot, die Menschen sterben vor Hunger. Ich las es, mir schien es, daß ich die Menschen aus lauter Herzensgüte bedauerte, jetzt aber sehe ich, daß ich gar nichts davon verstand, da mein Verständnis nicht weiter ging, als daß ich einige hundert Rubel zugunsten der Hungernden spendete.

Auch wußte ich früher, daß die arme Bevölkerung des riesigen Ameisenhaufens, wo ich in Luxus und Wohlstand lebte, hungert, aber ich, ich konnte es nicht verstehen.

Gott, welche Blindheit! Was für ein Grausen können die Menschen doch in ihrem, und aus ihrem Leben machen!

Jetzt sehe ich, wie ich Jahrzehnte lang abgesondert lebte, durch eine Papierwand abgetrennt, hinter der Menschen sich in Qualen wandten, nach einem Stück Brot lechzend, wie sie sich in unerträglichen Leiden krümmten, . . . und bisher ist es mir nicht in den Sinn gekommen, mit dem Finger ein kleines Loch in die Wand zu schlagen, und wenn auch nur mit einem Auge hinein zu blicken, um zu sehen, wie Menschen vor Hunger sterben.

Es war nötig, daß ich selbst zu hungern begann, um die bisher von Hunger Geplagten zu verstehen.

Hunger, du bist eine fürchterliche, unbegreifliche Geißel, ich verfluche dich! So viel Tränen, Blut und Unglück hast du in die Welt gebracht, und es wird keine Gerechtigkeit in diesem grauen, irdischen Jammertale geben, ehe du nicht verschwunden bist! —

(Fortsetzung folgt.)

Teuerungszulagen für Portiers in Geschäfts- und Industriehäusern. Der Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer und der Deutsche Portier-Verband (Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes) haben am 3. Juni 1920 zu dem Tarifvertrag vom 1. August 1919, folgende Vereinbarung getroffen:

Zu den Tarifvertrag vom 1. August 1919, der bis zum 30. September 1920 verlängert wird, ist ab 17. Mai 1920, insgesamt eine Teuerungszulage von 50 Prozent auf alle Tarifpositionen, und für jedes unterhaltungspflichtige Kind 6 M. pro Woche zu zahlen.

Zur Lohnbewegung in den Brauereien Groß-Berlins. Am 19. Juli cr. hat der Schlichtungsausschuß Großberlin durch Schiedsspruch die Löhne der Brauereiarbeiter mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ab um 25 M. pro Woche erhöht, sodaß der Lohn der gelernten und der diesen gleichstehenden Arbeitnehmer auf 245 M. und der der ungelernten auf 240 M. pro Woche festgesetzt werden soll. In dem gleichen Verhältnis sollen ab 1. Juli 1920 die Ueberstundensätze, die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer der Weißbierarbeiter und die übrigen Bezüge der Brauereiarbeiter erhöht werden. Die Erhöhung der Löhne gegen das Lohnabkommen vom 15. Mai 1920 soll auf Grundlohn und Teuerungszulage in ursprünglichem Verhältnis dieser Bezüge berechnet werden. Die Funktionäre der Brauereiarbeiter haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Durch Schreiben vom 28. Juli d. Js. an den Schlichtungsausschuß Großberlin hat die Organisation der Arbeitgeber erklärt, den am 19. Juli gefällten Schiedsspruch nicht anzunehmen. Gleichzeitig haben die Arbeitgeber den Antrag gestellt: der Herr Demobilmachungskommissar möge dem Antrage der Arbeitnehmerorganisation auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches seine Genehmigung versagen. Die Arbeitnehmerorganisationen haben beim Demobilmachungskommissar die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 19. Juli 1920 beantragt. Sofort nach der Entscheidung des Demobilmachungskommissars werden die Kollegen von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt werden.

Die Opposition der graphischen Hilfsarbeiter. In der gestern abgehaltenen Versammlung der oppositionellen Buch- und Steindruckhilfsarbeiter erstattete Gen. Kraas Bericht über den Verbandstag in Frankfurt a. M. Der frühere Wahlmodus, der als Dreiklassenwahlrecht bezeichnet werden kann, ergab ein falsches Bild über die Stimmung der Mitgliedschaft. Obwohl fast die Hälfte der Mitglieder zur Opposition gehören, hatte sie unter den 101 Delegierten nur 29 Vertreter. Als Erfolg ist die Einführung eines neuen Delegiertensystems zu verzeichnen, das demokratisch ist. Nur den Gauleitern hat man es wieder erspart, zu prüfen, ob sie das Vertrauen der Mitglieder besitzen. Auch ist endlich zugestanden worden, daß politische Fragen vom Gewerkschaftsleben nicht zu trennen sind. Im übrigen hat die Mehrheit als Abstimmungsmaschine funktioniert und hat selbst die eigenen Anträge niedergestimmt, wenn diese die Zustimmung der Opposition gefunden hatten. Der Versuch, die Zusammenfassung der Opposition zu hintertreiben, wurde abgeschlagen, und nun wird dafür gesorgt werden müssen, daß sich die Opposition der ganzen Industrie, und darüber hinaus, zusammenfindet, um den alten Gewerkschaftsgeist endgültig zu beseitigen. Der Rechenschaftsbericht des Kassierers, Gen. Wendt, wurde mit einem Vertrauensvotum für die Propagandakommission zur Kenntnis genommen. Auch wurde beschlossen, in gleicher Weise wie bisher, weiterzuarbeiten.

Der Arbeitsnachweis im Tarifvertrag. Die wachsende Bedeutung der öffentlichen Arbeitsnachweise führt häufig zu der Aufnahme einer Bestimmung in die Tarifverträge, daß die Vermittlung von Arbeitskräften nur durch die öffentlichen Arbeitsnachweise erfolgen darf. Eine solche Bestimmung der Tarifverträge ist nicht nur rechtswirksam, sondern eine derartige Entwickelung ist auch durchaus erwünscht. Dagegen wird, wie unlängst schon in der Presse mitgeteilt wurde, die Bindung an den Arbeitsnachweis der am Tarifabkommen beteiligten Organisationen amtlich für unzulässig und rechtsunwirksam erachtet.

Heilgehilfen der Berliner Metallindustrie. Montag, den 9. d. M., nachmittags 5 Uhr, im „Schultheiß", Johannisstraße 22, Versammlung. Tagesordnung: Einreihung in den neuen Tarif. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Gemeindearbeiter, Sektion „Gesundheitswesen".

Ofensetzer. In Stallupönen und Gumbinnen in Ostpreußen befinden sich unsere Kollegen im Streik. Vor Zuzug wird gewarnt.

Groß-Berlin

Muß das so sein?

Nachmittags aus dem Bureau kommend, will ich, in Gedanken versunken, den üblichen Weg nach dem Bahnhofe gehen, als ich beim Ueberschreiten des Fahrdammes plötzlich bemerke, daß derselbe neu asphaltiert, und darum abgesperrt ist. Meinen Irrtum einsehend, und im Begriffe schnell zurückzugehen, schallen mir plötzlich laute Rufe entgegen: „Mach, daß Du da herunterkommst, Du denkst wohl, weil Du solch' feinen Anzug anhast und 'nen weißen Kragen um, kannst Du da herumtrampeln?" — Erstaunt blicke ich auf und sehe, wie einige Arbeiter, die mit der Renovierung des Dammes beschäftigt sind, mich haßerfüllt anstarren.

Arbeiter, Genossen! Denkt daran, daß wir gemeinsam kämpfen für unsere Befreiung vom kapitalistischen Joch! Denkt daran, daß wir gemeinsam hinter Gefängnismauern als politische Verbrecher hungern und mißhandelt werden! Ihr dürft den behäbigen Spießbürger, der die Szene beobachtet, nicht Gelegenheit geben, mit bezeichnender Geste auf euch deutend zu äußern: „Pöbel"! Bekämpft eure Gegner überall, wenn ihr wißt, daß es eure Gegner sind, aber greift eure eigenen Mitkämpfer nicht an, weil sie einen sauberen Anzug und einen weißen Kragen tragen; gebt unseren Gegnern nicht Gelegenheit, sich über Zwietracht in unseren eigenen Reihen zu freuen! Unter dem weißen Vorhemd schlägt oft ebensolch revolutionäres Herz wie unter der rußigen Arbeitsbluse.

Ob Arbeiter, ob Angestellter, alle sind wir Ausgebeutete der kapitalistischen Gesellschaft und nur vereint werden wir den Kampf zur Beseitigung dieser Sippe siegreich führen können!

Arbeitslose Rentenempfänger und Arbeitslosen-Unterstützung

Es besteht bei vielen Rentenempfängern die Meinung, daß alle Rentenempfänger auch berechtigt sind, Erwerbslosenunterstützung zu beziehen. Deswegen sind nachstehende Sätze eingehend durchzulesen und bei Stellung eines Antrages auf Erwerbslosenunterstützung zu beachten. Nach dem bestehenden Gesetz können Invalidenrentner keinen Anspruch erheben auf Erwerbslosenunterstützung, weil sie nach dem Gesetz der Invalidenversicherung erst dann Rente bekommen, wenn sie 66⅔ Prozent arbeitsunfähig sind. Das Gesetz über Erwerbslosenfürsorge sieht vor, daß nur Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden darf an arbeitsfähige Personen, welche arbeitslos sind, die also noch eine Arbeitsfähigkeit von über 33⅓ Prozent durch ärztliches Gutachten nachweisen. Invalidenrentner haben also nach dem Gesetz keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung. Die Regierung glaubt den Invalidenrentnern dadurch helfen zu können, daß sie die Leute an den Armenvorsteher verweist. Anträge auf Erhöhung der Invalidenrente liegen bereits bei der Regierung vor, sind aber noch nicht entschieden. Die Geschäftsstellen der Erwerbslosenfürsorge werden aber angewiesen, die Akten der Invalidenrentenempfänger, soweit sie schon Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, dem zuständigen Armenvorsteher sofort nach Ablehnung der Erwerbslosenunterstützung zu überweisen. Krankenrentenbezieher können ebenfalls nach dem Gesetz keinen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung stellen, da sie nicht erwerbsfähig im Sinne der Erwerbslosenfürsorge sind. Soweit sie schon Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und während dieser Zeit Krankenrente zugesprochen erhalten, ruht vom Tage der Bewilligung an die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung bis die Krankheit behoben ist. Familienzuschläge werden aber während der Zeit des Bezuges von Krankenrente gezahlt. Unfall- und Altersrentner dagegen haben Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, wenn sie durch ärztliches Gutachten nachweisen, daß sie weniger als 66⅔ Prozent Arbeitsunfähigkeit besitzen. Das ärztliche Attest kann durch den Kreisarzt erfolgen. Bei Unbemittelten übernimmt der Armenvorsteher auf Antrag die Kosten.

Preßkommission. Sitzung findet Sonnabend, nachmittag um 3 Uhr, in der Buchhandlung der „Freiheit" statt.

Die Bezirksverordneten und Stadtverordneten sowie Vertreter der Ortsvorstände und der Kommunalen Kommission des 15. Verwaltungsbezirks werden zu einer Fraktionssitzung am Freitag, den 6. August, nachmittags 7 Uhr, Lokal von Voges in Baumschulenweg, Baumschulenstr. 14, eingeladen.

Die umfangreiche Fahrplanänderung auf der Ringbahn. Wie bereits kurz mitgeteilt, wird vom nächsten Montag eine umfangreiche Fahrplanänderung in Kraft treten, um der Ueberfüllung, die auf den beiden Ringbahnstrecken zu jeder Tagesstunde sich bemerkbar macht, Herr werden zu können. Wie bereits erwähnt, bringt die Fahrplanänderung eine erhebliche Vermehrung der Züge mit sich, die nur dadurch möglich geworden ist, daß einerseits Züge von Westend nach dem Potsdamer Ringbahnhof usw. durchgeführt wurden und andererseits, daß einige neue Wagenzüge eingelegt worden sind. Folgende Ringbahnzüge, die bisher nur bis Westend verkehrten, werden bis Potsdamer Bahnhof geführt, von wo aus sie dann auch wieder abfahren: ab Westend 6.31, 7.01, 7.31, 8.01, 8.41, 9.11, 9.41, ebenso auch in den Nachmittagsstunden, die Züge ab Westend: 2.32, 3.01, 3.31, 4.01 nachmittags und 8.41 abends. Neben diesen verlängerten Zügen beginnen eine Reihe von Ringbahnzügen auch ihre Fahrt schon bei einer früheren Station, so daß nunmehr auch in den Morgenstunden vier Züge über die Ringbahn verkehren, und zwar ab Potsdamer Ringbahnhof 4.07, 4.57, 5.07 und 5.27 früh. In den Hauptverkehrszeiten sowie in den Vormittagsstunden sind eine Reihe neuer Züge eingelegt worden, die vom Potsdamer Ringbahnhof um 8.47, 8.57, 9.27, 9.57, 10.27, 10.57 vormittags, 1.02 und 1.32 nachmittags abfahren und über Hermannstraße, Stralau-Rummelsburg nach Westend und Potsdamer Bahnhof geleitet werden. Auch der Abend- und Spätverkehr ist erweitert worden, so daß nunmehr Vollringzüge ab Potsdamer Ringbahnhof bis um 10.37 viermal in der Stunde verkehren. Der letzte Vollringzug in dieser Richtung trifft um 12.26 nachts auf dem Potsdamer Ringbahnhof ein. Auch Spätzüge sind erheblich verlängert worden, der Zug, bisher ab Potsdamer Bahnhof 12.37, der über Stralau-Rummelsburg nach dem Schlesischen Bahnhof geführt wurde, hat einen Vorzug erhalten, der um 1.06 nachts auf dem Schlesischen Bahnhof eintrifft. Endlich wird auch noch vor dem letzten Zuge auf der Ringbahn, der nur noch zwischen Potsdamer Bahnhof und Hermannstraße verkehrt, ein Zug eingelegt, der vom Potsdamer Bahnhof um 12.57 nachts abfährt, um 1.16 in Hermannstraße eintrifft. — In der Gegenrichtung hat eine entsprechende Zugvermehrung durch Verlängern der Zugstrecken stattgefunden. Auch hier hat der Spätverkehr sowie auch die Zeiten, die außerhalb des Berufsverkehrs liegen, Fahrplanverbesserungen erfahren, so daß zu erwarten ist, daß von der nächsten Woche ab die Verkehrsverhältnisse eine durchgreifende Besserung erfahren.

Die Lösung von Zusatzkarten. Infolge der verschärften Zugkontrollen auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn hat sich auch eine Verschärfung der Bestimmungen über die Lösung von Zusatzkarten als notwendig erwiesen. Nach der Eisenbahnverkehrsordnung muß der Reisende seine Fahrkarte mit Angabe von Strecke, Zuggattung, Wagenklasse und Fahrpreis vor dem Antritt der Fahrt lösen. Diese Bestimmung soll nunmehr sinngemäß auch für die Lösung von Zusatzkarten gelten, wenn der Reisende mit einer Fahrkarte 3. in die 2. Wagenklasse übergeht und auch dann, wenn er über die auf der Fahrkarte angegebene Station hinausfahren will. Reisende, die in beiden Fällen die erforderliche Zusatzkarte nicht vor dem Uebergang in die höhere Wagenklasse oder nicht vor Erreichung der Zwischenstation, bis zu der die Fahrkarte gilt, gelöst haben, werden bei einer etwa stattfindenden Fahrkartenprüfung in Zukunft wie Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt. Sie haben also den erhöhten Fahrpreis, also 20 M. zu entrichten. Von der Zahlung des erhöhten Fahrgeldes ist der betr. Reisende nur dann befreit, wenn er entweder nicht betroffen wird und sich freiwillig zur Nachzahlung auf einer Zwischenstation oder dem Reiseendziel meldet. Wird er jedoch durch Revisoren im Zuge als ohne Fahrkarte festgestellt, so gilt die Absicht freiwilliger Meldung nicht. — Daß die Eisenbahnverwaltung im Falle einer freiwilligen Meldung von der Zahlung des erhöhten Fahrgeldes absieht, gibt dem Reisenden keinen Anspruch darauf, ohne vorherige Lösung der erforderlichen Zusatzkarte in die höhere Wagenklasse überzugehen oder über die Zielstation der Fahrkarte hinauszufahren.

Das Ende der Auslandszigarette ist durch die jetzt geltenden Zoll- und Steuervorschriften ziemlich besiegelt. Seit dem 11. Juli d. J. gilt für ausländische Zigaretten unter Berücksichtigung des Goldzolles ein Einfuhrzoll von 600 Mark pro Mille. Dazu kommt die Banderolensteuer mit 150 Mark, so daß jede Zigarette allein an Zoll und Steuer mit 75 Pfennig belastet ist. Infolgedessen stockt die Zufuhr gänzlich und die in den Zollniederlagen vorhandenen Vorräte beginnen, soweit sie nicht schon verzollt sind, wieder ins Ausland abzugehen. Unsere Raucher werden sich daher wieder wie vor dem Kriege an deutsche Ware gewöhnen müssen. Diejenigen aber, die sich den Luxus weiter gestatten wollen, werden gezwungen sein, eine Mark bis 1,20 Mark anzulegen.

Der 14. und 15. Distrikt veranstaltet am Sonnabend, den 7. August in dem Lokal „Carlshof" am Spandauer Schiffahrtskanal ein Sommerfest mit recht reichhaltigem Programm. Festrede: Genosse Eichhorn, Gesangs-, Turn- und Sportaufführungen. Mitwirkende: Männerchor Moabit, Turnverein Fichte, Sportvereinigung Nord-West. Kinderbelustigungen aller Art. Kaffeeküche, Tanz. Anfang 4 Uhr. Der Besuch ist jedem unserer Genossen zu empfehlen.

Treptow. Ferienspiele. Um den, vom „Oriselternrat" veranstalteten Ferienspielen der Kinder unserer Gemeinde einen würdigen Abschluß zu geben, findet am Sonntag, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem Turnplatz Fichte zwischen Treptow und Baumschulenweg ein großes Kinder- und Familienfest statt. Die Teilnehmer sammeln sich für Treptow am Wirtschaftshof, Grätz-Ecke Wildenbruchstraße; für Baumschulenweg am Lyzeum, Baumschulenstraße. Abmarsch von Treptow unter Vorantritt des Musikkorps, pünktlich 2 Uhr. Zur Deckung der Unkosten wird der Beitrag von 50 Pfg. für Erwachsene erhoben, Kinder sind frei.

Friedrichshagen. Die Ferien-Kinderspiele finden auch in diesem Jahre ihren Abschluß mit einem Kinderfest, welches am Sonnabend, den 7. August, in Ravenstein stattfindet. Die Kinder versammeln sich um 2 Uhr am Marktplatz. Fackeln mit Licht sind im Lokal für 80 Pfg. zu haben. Die Parteimitglieder und Sängergruppe treffen sich abends daselbst zu einem gemütlichen Beisammensein.

Ein Sommerfest veranstalten die Arbeiterturner am kommenden Sonntag im herrlichen Garten des Turngenossen Grothe in Stahnsdorf-Kl.-Machnow. Für gutes Konzert, Unterhaltung und Aufführungen ist gesorgt. Eintritt 1 M. (Kinder frei). Anfang 3 Uhr. Die Arbeiter Zehlendorfs, Teltows und Umgegend werden um Unterstützung ersucht.

Lustmord an der eigenen Tochter. Die seit dem 16. v. Mts. vermißte 15 Jahre alte Tochter Margarethe des Justizwachtmeisters Else aus der Bahnhofstr. 6 zu Lindow in der Mark ist, wie wir mitteilten, als Leiche in einem Kornfelde aufgefunden worden. Sie war dorthin verschleppt und mit einem Riemen erdrosselt worden. Obwohl die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche dies nicht mehr genau erkennen ließ, so mußte damit gerechnet werden, daß ein Lustmord an dem Mädchen verübt worden ist. Die Staatsanwaltschaft von Neuruppin benachrichtigte deshalb die Berliner Kriminalpolizei mit der Aufklärung des Verbrechens. Die von dieser dorthin entsandten Beamten haben sofort die Ermittelungen aufgenommen, die heute zur Festnahme des 43 Jahre alten Vaters der Ermordeten führten. Dieser steht unter dem dringenden Verdacht, die eigene Tochter nach vorausgegangenen schweren sittlichen Verfehlungen ums Leben gebracht zu haben. Es konnte festgestellt werden, daß Margarethe Else Freundinnen gegenüber angedeutet hatte, daß ihr Vater seit Januar d. J. einen sträflichen Verkehr mit ihr ausgeübt habe. Der Vater habe sie wiederholt gedroht, davon nicht zu sprechen, da sonst etwas passieren werde. Für die Täterschaft des Vaters sprechen noch verschiedene andere Umstände. So hat er sich bei der Suche nach dem vermißten Mädchen, an der er sich beteiligte, geäußert, eine Absuchung der Kornfelder, in dem die Leiche später gefunden wurde, sei ganz zwecklos, denn da sei sie doch nicht drin. Am Tatort wurde sodann die Schnalle eines Hosenträgers gefunden, die von der Reithose des Verhafteten stammen soll.

Aufklärung des Raubmordes im Hotel „Münchener Hof". Der Raubmord an dem 33 Jahre alten Kaufmann Paul Wollner, aus der Prinzenstraße 89, in dem Hotel „Münchener Hof" in der Königgrätzer Str. 34, hat jetzt restlos aufgeklärt werden können. Es ist gelungen, das Mörderpaar und einen dritten Beteiligten, den Urheber und geistigen Leiter des schweren Verbrechens an drei verschiedenen Stellen, in Braunschweig, einem kleinen Harzer Badeort und in Berlin zu verhaften. Die geraubten Schmucksachen, darunter auch der große, kostbare Brillantring, im Werte von 50 000 Mark, sind wieder herbeigeschafft. Als Täter kommen die 21jährige Gertrud Nägler und ihr Vetter, der 25 Jahre alte Drogist Wilhelm Back in Frage, während als Urheber des Verbrechens der 26jährige Bruder der Nägler, Ernst N., verhaftet wurde.

Aus den Organisationen

9. Distrikt. 5. Abteilung. Heute, 8 Uhr, bei Kuz, Danziger Str. 34, Sitzung der Bezirksführer und Obleute aller Kommissionen.

11. Distrikt. Montag, 7 Uhr, Distriktskonferenz, bei Meyer, Ackerstr. 123.

11. Distrikt. 3. Abteilung. Freitag, den 6., 7 Uhr, Sitzung der Bezirksführer, Elternbeiräte und Obleute aller Kommissionen, bei Paul Jaci, Waisstr. 1.

11. Distrikt. Am Sonnabend kann der Kursus wegen Erkrankung des Genossen Preger nicht stattfinden.

15. Distrikt. Heute, 7½ Uhr, Sitzung der politischen Kommission bei Marx, Oldenburger Str. 10.

U. S. P. D. 4. Distrikt. 8. Abteilung. Sonnabend, den 7. August, findet abends 6 Uhr, im Lokal von Linke, Waldemarstr. 65a, eine Zusammenkunft der Bezirksführer und Obleute der Kommissionen statt.

Neukölln. Sonnabend, 6½ Uhr, wichtige Vorstandssitzung im Parteibureau.

Charlottenburg. Sonnabend, abends 7½ Uhr, Sitzung des Aktionsrates, Rathaus, Zimmer 1.

Tegel. Freitag, 6 Uhr, bei Lenhardt, wichtige Sitzung der U. S. P.-Elternbeiräte sämtlicher Schulen.

Distrikt Niederbarnim-Nord. Sonnabend, 6½ Uhr, in Pankow, Schulaula, Grunowstr., Distriktskonferenz. Tagesordnung: 1. Moskau und Spa. Referent: Genosse Einstein. 2. Distriktsangelegenheiten. An dieser Konferenz nehmen teil: die Distriktsleitung, die Vorsitzenden und Kassierer jeder Ortsgruppe und die Distriktskommissionen.

Vereinskalender

Zentralverband der Arbeitslosenvereinen, Ortsgruppe Groß-Berlin. Außerordentliche Generalversammlung, Sonntag, 9 Uhr, in der Schulaula, Elisabethstr. 57-58.

Deutscher Werkmeister-Verband. Werkmeister im Tiefbaugewerbe. Versammlung, heute, 5 Uhr, im Bureau, Straloer Str. 56.

Republikanischer Führerbund. Große, öffentliche Versammlung, am Freitag, den 6. August, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Peterburger Str. 4 (Nahe Frankfurter Allee). Thema: Der Führerbund und die Reaktion.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Ortsgruppe Wilmersdorf. 7. bis 8. August, Spandau-Wek—Spandauer Stadtforst. 1. Abfahrt 7.17 abends, Bhf. Jungfernheide. 2. Kinderwanderung. Treffpunkt: Sonntag, 7 Uhr morgens, Bhf. Schmargendorf.

Sozialistische Proletarierjugend, Ortsgruppe Westen und Charlottenburg. Freitag, 7 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 4, gemeinsame Funktionärsitzung.

Sozialistische Proletarierjugend, Wedding 1. Heute, 7 Uhr, Diskussionsabend, bei Kroll, Utrecher Str., Ecke Hennigsdorfer Str.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Neukölln. Mitgliederversammlung, am Freitag, 7.30 Uhr, im Restaurant Bürgersäle, Bergstraße 147, Neukölln.

Turnverein „Fichte", Abteilungen des Nordbezirks, Turnplatz Reinickendorf. Hierdurch werden alle Turngenossen aufgefordert, ihre freie Zeit bei der Platzrenovierung in Reinickendorf zur Verfügung zu stellen. Treffpunkt auf dem Turnplatz. Für die Mitglieder, die am Tage arbeiten, Treffpunkt nachmittags 5 Uhr.

Lebensmittelkalender

Zehlendorf. Für die Verteilungsperiode vom 1. bis 15. August 1920 gelangen vom Donnerstag, den 5., bis Sonnabend, den 7. August, zur Ausgabe: auf die blaugrüne Lebensmittelkarte: Abschnitt 39 1 Pfd. Haferflocken, Abschnitt 40 1 Pfd. Gerstengraupe; auf die blaue Zehlendorfer Lebensmittelkarte: Abschnitt 2 1 Büchse Kalbfleischwürstchen (in der Büchse zu wärmen), Abschnitt 3 1 Pfd. Fruchtmarmelade (einschließlich Glas); auf die Jugendlichen-Karte: Abschnitt 56 1 Pfd. Buchweizenmehl oder 1 Pfd. Weizenmehl (je nach Vorrat); auf die Zuckerkarte: Abschnitt 92 375 Gr. Zucker.

Reinickendorf. In dieser Woche werden auf die Abschnitte 32c—d der Reinickendorfer Kartoffelkarte 2 weitere Pfund Kartoffeln ausgegeben, also insgesamt auf die Abschnitte 32a—d 4 Pfund. Es wird dringend ersucht, die Abholung umgehend nach dem Eintreffen bei dem Händler zu bewerkstelligen, da die Gefahr des Verderbens bei den Frühkartoffeln bei längerer Lagerung groß ist.

Geschäftliches

Bei der Firma Kleiderwerke Baer Sohn, in der Chausseestraße 29-30, findet zum Schulanfang ein billiger Verkauf von Knaben-Anzügen statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Nabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komerinek, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 29.

Die gute Massary-Zigarette

Der gute Ruf der Massary-Zigaretten ist der schlagendste Beweis für die hervorragende Güte dieser Zigaretten. Wer sie einmal geraucht hat, wird zum überzeugten Anhänger unserer Fabrikate

Urteilen Sie selbst!